Einzelnummer 25 Pfg.

Aus der Landarbeiter- und Kleinbauernbewegung

Nr. 4. I. Jahrg. | Agrarbeilage zur „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ | 22. Oktober 1921

Wenn wir im Besitz der Staatsmacht sind, denken wir nicht daran, die Kleinbauern zu expropriieren (enteignen), einerlei ob mit oder ohne Entschädigung, wie wir dies mit den Großgrundbesitzern zu tun genötigt sind. Unsere Aufgabe gegenüber dem Kleinbauer besteht zunächst darin, seinen Privatbetrieb und Privatbesitz in einen genossenschaftlichen überzuleiten, nicht mit Gewalt, sondern durch Beispiel und Darbietung von gesellschaftlicher Hilfe zu diesem Zweck.

Friedrich Engels.

Erntehilfe in den Ferien.

Erntehilfe in den Ferien: Unter diesem Motto flog auch mir ein Blatt ins Haus, das der Jungdeutsche Ring, jene Vereinigung der verschiedenen bürgerlichen Jugendbünde, auf die Universitäten, die Volkshochschulen, in die Wandervogelgruppen, kurz, überall dorthin, wo bürgerliche Jugend lebt und arbeitet, gesandt hatte, sicherlich in der besten Absicht.

„Sie (die Erntehilfe) vermittelt dem Städter Kenntnis von ländlichen Verhältnissen, führt ihn in engem Zusammenarbeiten mit Landarbeitern zusammen und gibt ihm dadurch die Möglichkeit der Schulung seines sozialen Verständnisses wie der Ueberwindung manchen Vorurteils auf beiden Seiten.“

So heißt es in dem Flugblatt, und wer viele Jahre selbst ein „Wandervogel“ war, und auch mancher Bauer, bei dem die fröhliche Schar übernachtet und dem sie ihre schönen alten Volkslieder vorgesungen hat, der glaubt es wohl, daß es die feste Ueberzeugung der allermeisten dieser impulsiven jungen Menschenkinder ist, daß sie auf diese Weise durch ihre Hilfe und durch die Propaganda für Erntehilfe allen gut und keinem schlecht tun. Daß sie glauben an den Arbeitermangel auf dem Lande, über den sie in den Zeitungen lesen, und daß sie davon durchdrungen sind, daß mit durch ihre Hilfe die Not in Deutschland gebannt werden könne.

Was aber bedeutet diese Hilfe in Wirklichkeit? Sie zeigt, daß selbst diese sich außerhalb der Klassengegensätze glaubende Jugend durch ihre so gut gemeinte Tat sich einreiht in die Front der ausgesprochenen Klassenfeinde des Proletariats, der Großindustriellen, die, um ihre altgewohnten Profite weiter einheimsen zu können, Teile ihres Betriebes stillegen und damit Dutzende von Arbeitern mit Frau und Kind dem Elend überlassen, daß sie die arbeiterfeindliche kapitalistische Regierung stützen, die sich Steuern ausdenkt, die für den Großgrundbesitzer und den industriellen Unternehmer nur einen kleinen Eingriff bedeuten, den sie durch Preiserhöhungen und verschärfte Anspannung ihrer Arbeiter schnell wieder auszugleichen wissen, die aber der Ruin des Arbeiters, des kleinen Beamten und Kleinbauern sind. Das hat auch der junge Student erkannt, der uns folgenden Brief geschrieben hat:

„Anfang August meldete ich mich auf der Universität zur Erntearbeit, und am 10. August bereits ging es mit fünf Studienkameraden hinaus in die Westpriegnitz. Dort erfuhren wir, daß wir 10 M. für den Tag bekommen sollten außer der Verpflegung, und daß die Arbeitszeit sonst 10½ Stunden betrage, wir aber jetzt zur Erntezeit länger arbeiten müßten. Vor uns, während der Schulferien, waren acht Gymnasiasten dagewesen, die 8 M. am Tage bekommen hatten, also auch — wie mir sehr bald klar wurde — als Lohndrücker der einsässigen Landarbeiter gewirkt hatten. Diesen steht nämlich nach dem dort geltenden Landarbeitertarif 1,70 M. für die Stunde an Barlohn (daneben Deputat) zu, was auch noch keineswegs dem statistisch festgestellten Existenzminimum entspricht. Denn auch die Landarbeiter brauchen außer den Lebensmitteln und der Wohnung, die sie vom Gutsbesitzer erhalten, teure Stiefel, kleines häusliches Gerät, die ständig im Preise steigenden Kolonialwaren und andere industrielle Erzeugnisse. Die Folge unseres billigen Arbeitsangebotes aber war, daß ein Teil der Landarbeiter einfach entlassen wurde und nun vergeblich nach neuer, nach dem Tariflohn bezahlter Arbeit suchte.

Ich tröstete mich damit, daß es Ausnahmen gibt und andere Gutsbesitzer sicherlich nicht so willkürlich mit ihren Arbeitern verführen und auch uns den angegebenen Tariflohn geben würden. So fuhr ich hinauf nach Pommern, wo mir bei zehnstündiger Arbeitszeit 12 M. für den Tag und noch 20 M. wöchentlich für Kleidergeld angeboten wurden sowie freie Fahrt 4. Klasse. Dort arbeiteten auch bereits 7 Studenten, und hier lernte ich noch mehr erkennen, was es mit der studentischen Erntehilfe auf sich hat, und daß Arbeiter und Unternehmer tatsächlich in zwei ganz verschiedenen Welten leben und ihre Interessen derart sich entgegenstehen, daß es keinen friedlichen, reformerischen Ausgleich zwischen ihnen geben kann. Die einheimischen Arbeiter erhielten auf dem Gut 21 M. am Tag, d. h. an Barlohn nur 9 M., da das übrige Geld auf das Deputat verrechnet wurde. Die Schnitter, die in Breslau angeworben und nicht wie die einheimischen Arbeiter im Deutschen Landarbeiter-Verband organisiert waren, bekamen dagegen nur 14 M. Der Gutsbesitzer hatte extra darauf gesehen, daß er, anders als im vorhergehenden Jahre, nichtorganisierte Schnitter bekäme, damit er ihnen nicht den Tariflohn zu zahlen brauchte, und auch sie — wie wir — als Lohndrücker wirkten. Die Erbitterung der einheimischen Arbeiter war infolgedessen groß auf sie, anstatt daß die Arbeiter einheitlich versuchten, ihre Lebensverhältnisse besser zu gestalten. Denn auch die Wohnungen waren wahre Löcher.

Da mich die Schulverhältnisse sehr interessierten, erkundigte ich mich eingehend danach und stellte fest, daß der dortige Lehrer sich überhaupt keine Mühe gibt, ohne daß ihm deshalb jemand etwas anhaben konnte. Viele Kinder können dort, wenn sie die Schule verlassen, kaum ihren Namen schreiben und überhaupt nicht rechnen. Das einzige, was geübt wird, ist das Katechismuslernen. Und obwohl die Elternräte, die sich dort gebildet haben, die aber das Haus des Lehrers unter Hinweis auf das Hausfriedensbruchsgesetz nicht betreten dürfen, die Abschaffung des Religionsunterrichtes forderten, nahm das Katechismuspauken kein Ende. Der Lehrer aber, der mit den Landarbeitern gar nichts zu tun hat, ist Mitglied des Pommerschen Landbundes, in dem nur die Großgrundbesitzer das Wort führen, und in den diese mit allen Gewaltmitteln auch ihre Arbeiter hineinzuziehen versuchen.

Ich bin als Kommunist zurückgekommen.“

So, wie dieser Student die Verhältnisse schildert, liegen sie überall. Die Großgrundbesitzer sehen nur auf ihren Profit, wie das das kapitalistische System bedingt, und bei der ungeheuren Ruinierung der Wirtschaft in und nach dem Kriege, können sie das nur durch immer verschärfte Ausbeutung ihrer Arbeiter und indirekt auch der kleinen und mittleren Bauern, die der Kleinheit ihres Besitzes wegen kaum für den Markt produzieren können.

Die engere Verbindung von Stadt und Land, die Ueberwindung des erbitterten Gegensatzes ist erst möglich, wenn das kapitalistische System selbst nicht mehr besteht, wenn eine bewußte, geregelte Bedarfswirtschaft herrscht, an der alle Glieder der Gesellschaft mitarbeiten, wie die Kommunisten sie mit Hilfe der Arbeiterklasse schaffen wollen. Heute wirkt die Erntehilfe der Studenten nur als Druck auf die Arbeiterklasse, während in der kommunistischen Gesellschaft und auch schon im proletarischen Uebergangsstaat die Aussendung von Hilfskolonnen, wie sie übrigens auch das kommunistische Agrarprogramm vorsieht, in Wahrheit eine enge Verbindung von Industrie und Landwirtschaft, von industriellen und landwirtschaftlichen, von Hand- und Kopfarbeitern gewährleistet.

---

ung

lschen Internationale)

Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren rts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, ereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk. illimeterzeile, 3gespalten oder deren Raum im Text 3.— Mk.

und Koalitionspolitik.

on Karl Kautsky.

mer klarer heraus, daß eine Revolution ist als proletarische Revolution. ist, solange nicht das organisierte Pro- t bildet, groß und kompakt genug, um nständen die Masse der Nation mit sich m aber nur das Proletariat noch eine e in der Nation darstellt, folgt anderer- jeder Zusammenbruch des bestehenden ralischer, finanzieller oder militärischer ott sämtlicher bürgerlicher begreift, die sämtlich dafür verantwort- daß das einzige Regime, das in einem estehende ablösen kann, ein proleta-

lle Genossen ziehen diese Konsequenzen. chon einige Male erwartete Revolution en ist, schließen sie keineswegs daraus, gen und Formen der kommenden Re- ökonomische Entwicklung anders ge- man auf Grund der Erfahrungen aus rgerlichen Revolutionen annahm, son- daß unter den geänderten Verhältnissen berhaupt nicht mehr zu erwarten, nicht blich sei.

men sie an, daß der weitere Ausbau ewonnenen Errungenschaften — Ar- ung, Gewerkschaften, Genossenschaften — pitalistenklasse aus einer Position nach drängen und sie unmerklich zu , ohne politische Revolution, ohne Wesens der Staatsgewalt. Diese ählichen ökonomischen Hineinwachsens rt bildet eine Modernisierung des alten pismus und Proudhonismus.

er hält man es für möglich, daß das litischen Macht gelangt ohne Revolu- hne erhebliche Machtverschiebung im eine kluge Taktik des Zusammen- em Proletariat nahestehenden bürger- t denen man zusammen eine Koali- ng bildet, zu der jede der beteiligten ht ausreichen würde.

ise komme man um die Revolution nz veraltetes, barbarisches Mittel dar- rem erleuchteten Jahrhundert der De- k und der Menschenliebe keinen Platz

ngen würden, wenn sie zum Durchbruch on Marx und Engels begründete sozial- k über den Haufen werfen. Sie sind nbar. Das ist natürlich kein Grund, unehmen, daß sie falsch sind, wohl aber aß jeder, der sie nach reiflicher Prüfung at, ihnen lebhaft entgegentritt, da es sich elangalose Meinungen, sondern um das es kämpfenden Proletariats handelt.

ber bei Diskutierung dieser Differenzen r in falsche Bahnen, wenn man die strittigen Anschauungen nicht genau abgrenzt.

Darum sei hier nochmals, wie so oft schon früher darauf aufmerksam gemacht, daß es sich nicht etwa darum handelt, ob Arbeiterschutzgesetze und sonstige Gesetze im Interesse des Proletariats, ob Gewerkschaften und Genossenschaften notwendig und nützlich sind oder nicht. Darüber gibt es nicht zweierlei Meinungen unter uns.

Bestritten wird bloß die Anschauung, als könnten diese Faktoren so sehr erweitert werden, daß sie eine Befreiung des Proletariats vom kapitalistischen Druck bedeuten, ohne vorher auf Widerstände der ausbeutenden Massen, die über die Staatsgewalt verfügen, zu stoßen, die so stark sind, daß nur eine Revolution sie beseitigen kann.

Weiter handelt es sich nicht darum, ob wir Differenzen unter den bürgerlichen Parteien nicht zugunsten des Proletariats ausnützen sollen. Nicht umsonst haben Marx und Engels stets das Wort von der „reaktionären Masse“ bekämpft, weil es zu sehr die Gegensätze verdeckt, die zwischen den verschiedenen Fraktionen der besitzenden Klassen herrschen und die für den Fortschritt des Proletariats mitunter sehr wichtig wurden. Sowohl die Arbeiterschutzgesetze, wie die Erweiterungen der politischen Rechte hatte es meist solchen Gegenständen zu verdanken.

Bestritten wird bloß die Möglichkeit, daß eine proletarische Partei mit bürgerlichen Parteien zusammen in normaler Weise eine Regierung oder eine Regierungspartei bilden kann, ohne dadurch in unüberwindliche Widersprüche zu geraten, an denen sie scheitern muß. Die Staatsgewalt ist überall ein Organ der Klassenherrschaft. Der Klassen-

---

Presse und Propaganda 12 Millionen Mark. Die Höhe des Etats der Vereinigung ist demgegenüber ja bekannt. Gelder für Presse und Propaganda stehen der Vereinigung bisher in diesem Rahmen überhaupt kaum zur Verfügung.

Namens des Propagandaausschusses und der Geschäftsführung der Vereinigung, an welche beide Organe in der kommenden Zeit gerade auch in der Frage der Propaganda außerordentliche Anforderungen herantreten werden, bitten daher die Unterzeichneten alle Mitgliedsverbände um ihre Unterstützung einmal durch Mitarbeit und Zusammenarbeit bei der Durchführung des Programms selbst, dann aber auch durch weitgehende Werbung und Abführung von Geldmitteln für den angegebenen Zweck. Wir sind gern bereit, einzelne Verbände auch mündlich über das Propagandaprogramm der Vereinigung und die Verhandlungen im Vorstand und Ausschuß zu informieren, glauben aber bei der Vertraulichkeit der Materie von einer weiteren Uebersendung von Veröffentlichungen Abstand nehmen zu müssen. Anliegende Aufrufe können in beliebiger Zahl von der Propagandaabteilung (Abtlg. IX) der Vereinigung kostenlos zur Verteilung angefordert werden. Wir bitten, uns so bald es sich übersehen läßt, die ungefähre Summe der besonderen Zeichnungen und das voraussichtliche Resultat der Umlage mitteilen zu wollen, damit wir entsprechend unsere Maßnahmen zur Ausdehnung und Propaganda treffen können.

Propaganda-Ausschuß:
gez.: Dr. Renhesser, Vorsitzender.
gez.: Dir. Witthausen, stellv. Vors.
Die Geschäftsführung, Propaganda-Abteilung:
gez.: Dr. Tänzler, Syndikus, gez.: v. Zengen.

II.

Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, E. V.

An die
deutsche Arbeitgeberschaft!

Wenn nicht alle Anzeichen täuschen, wird die deutsche Arbeitgeberschaft wieder einmal gegen ihren Willen zum Kampfe

Die Geschäftsführung:
gez. Dr. Tänzler, Syndikus.

Die Millionensammlungen der Unternehmer zum Zwecke der Bekämpfung der Arbeiterschaft verdienen die größte Beachtung. Um was handelt es sich? Wir stehen in der Zeit der großzügigen Unternehmeroffensive gegen die Arbeiterschaft.

Die Proletarierlöhne, die angesichts der sprunghaft kletternden Lebensmittelpreise zu lächerlich geringen Summen zusammenschrumpfen, sollen niedrig gehalten und noch mehr gedrückt werden.

Der Achtstundentag soll im Interesse des Profits abgebaut und beseitigt werden. Die Proleten sollen die Steuerlasten tragen. Die Ausbeuter wollen die Hungerknute noch ganz anders sausen lassen als bisher, damit sich die Dividenden steigern.

Und zur Durchführung ihrer Absichten werden die Arbeitgeberverbände in der kommenden Zeit gerade auch in der Frage der Propaganda außerordentliche Anforderungen erfüllen müssen. Das heißt die Unternehmer brauchen Schmiergelder in ihrem Kampfe gegen die Arbeiter, sie brauchen Gelder, um die sich prostituierende Presse bezahlen zu können.

Die Leunaarbeiter haben schon einen Begriff bekommen, was das Kapital propagandistisch zu leisten imstande ist. Ihnen flogen dieser Tage die „Hallesche Zeitung“, das „Merseburger Tageblatt“ kostenlos in die Wohnungen. Man sehe sich die Reklame an, die das Stinnesblatt, die „Allg. Zeitung für Mitteldeutschland“, macht. Wahrlich, hier wird kein Geld geschont, um die Benebelung und Verkleisterung der Arbeiterhirne durchzuführen. Nicht nur den Körper des Arbeiters, auch seinen Geist will das Kapital.

Auch die Sturmangriffe der Ausbeuter auf dem Gebiete der geistigen Beeinflussung, der Beschwindelung der Arbeiter, werden fehlgeschlagen. Das Proletariat wird durch eiserne Notwendigkeit zum Kampfe gezwungen. Es muß eine seiner wichtigsten Waffen schärfen, indem es an der Verbreitung und dem Ausbau der proletarischen Presse arbeitet.

Breslauer Nachri

An alle Arbeiter!

Noch immer sitzen in Schlesien 10 Gent in Untersuchungshaft seit 7 Monaten. In B die Genossen bis auf Gen. Oelßner entlasse man die Aktion der gesamten Arbeiterschaf

Arbeiter Schlesiens! Nehmt in allen S lung. Erklärt Euch bereit zur Befreiung der Vorkämpfer, die in den reaktionären Bastie und Schweidnitz, sitzen.

Verlangt überall:

Die Befreiung der politischen Gefa

Generalversammlung der Metalle

Am Dienstag fand im großen Saal schaftshauses die Quartals-Generalver DMV. statt. Der Hauptpunkt war die A vom Januar-Verbandstag. Von fünf K die einzelnen Verhandlungsergebnisse vor Berichterstatter erlaubten sich, besonders di Tagung hervorzuheben, die sich mit den K schäftigt. Besonders hatte es ihnen di ansprache des ungarischen Kollegen und i heims angetan. Ein Kollege konnte aber disziplinierte Haltung der Kommunisten i zuheben. Die Quintessenz von Jena sei in vom Hauptvorstand festgelegt, nach der di Gewerkschaft als politisch neutral, mit dem talismus zu stürzen durch die einige Arbe

Kollege Melzer zerpflückte die Ausfüh zelnen Diskussionsredner und legte der V Standpunkt der KPD.-Kollegen zum DM Die Kollegen müssen sich endlich einmal den Kommunisten die Zersplitterer der G sehen. Umgekehrt wird etwas daraus. Kommunisten sehen, daß große Massen der stehen, daß sie durch die Taktik der Gew stoßen worden und resigniert beiseite ste durch eine konsequente revolutionäre Arbei schaften die Massen wieder zu kampffroh ziehen. Wenn die Gewerkschaften schon ne dann dürfe der Bundesvorstand des A Hauptvorstände nicht ständig diese Parole eine Politik machen, die ausschließlich de der SPD. entspricht.

In der Diskussion traten alle „Kano Behauptungen des Kollegen Metzger zu Koll. Schneidewind erlaubte sich dabei e Lüge, indem er behauptete, daß der Koll der letzten Quartalsversammlung sprach, Berliner Unterstützungskommission 325 00 persönlichen Gunsten unterschlagen habe. Sturm der Entrüstung erhob sich gegen d Behauptung. Auf energisches Verlangen Wirsich, daß die Angaben des Koll. Schne Tatsachen entsprechen. Dies wußte selbs Koll. Schneidewind. Aber: Verleumde etwas bleibt schon hängen! Gegen die Z der Kommunisten ist eben jedes Mittel re

Koll. Handke, der in den Hauptvor hielt seinen Schwanengesang. Es war de „alte Gewerkschaftsrichtung". Die alten — — — usw. Die ganze Angst der B ihre Archive und Kassenschränke zittern, zur Entscheidung, zur Ergreifung der M aus ihm. Erst die Kollegen erziehen, d lose Produktion übernehmen können, Daß wir dabei zusehen müssen, wie die pitalisten" das Volk immer mehr ins Ele Proletariat dabei mit in den Abgrund st

Koll. Wirsich hielt ein kurzes Schluß

Bei der Wahl zur Bezirkskonferenz schlag der kommunistischen Kollegen ang hielten Stimmen: Koll. Wickmann 440, 373. Der Vorschlag der Vertrauensleu sich an der Spitze erhielt 273, 292 und 3

Koll. Wirsich fühlte sich bemüßigt, zustimmen: Wenn die Kollegen nicht m seien, dann könnten ja andere die Sac Dies ist eine ganz verfehlte Methode, du halten wird, mit Entschiedenheit darauf hinz die Verbandsarbeit angepaßt wird den wir Verhältnissen, daß abgegangen wird von der Formel: „Aufbau des Kapitalismus, und deshalb einträchtigstes Zusammenarbeiten mit den Unternehmern." Unsere Parole lautet: Beseitigung des Kapitalismus, und deshalb Umstellung der Kollegen, um zunächst soviel als möglich mit allen Mitteln herauszuholen und niemals vergessen das Endziel. Wenn die Angestellten diese Wünsche der Mitgliedschaft berücksichtigen und durchführen, liegt noch lange kein Grund zu ihrem Rücktritt vor.

Am Schluß wurde noch ein Antrag angenommen, wonach alle Bekanntmachungen, die außerhalb des Mitteilungsblattes bekannt gemacht werden, auch in der „Schlesischen Arbeiterzeitung" zu erfolgen haben.

Aus dem Waldenburger Revier.

Rot ist das Tuch, das wir entrollen.

Am Sonntag fand in Niederhermsdorf eine von der KPD. veranstaltete Bannerweihe statt. Die Beteiligung war eine zahlreiche, nicht zuletzt durch die Teilnahme der umliegenden Ortsgruppen. Vor Beginn der Feier wurden die Genossen, die nach dem Landfriedensbruchprozeß entlassen wurden, aus ihren Wohnungen abgeholt. Am Florabassin wurde der Genossen Kappa und Siegelat gedacht, die die Klassenjustiz noch in ihren Klauen hält. Am Flora-Bassin trug der Arbeitergesangverein Lieder vor, ein Jugendgenosse trug einen Prolog vor. Darauf wurde die Fahne, geschmückt mit den Symbolen der Arbeit, enthüllt.

Genosse Scholze hielt eine Festrede, indem er auf die Geschichte der Arbeiterbewegung einging; die rote Fahne ist allen revolutionären Kämpfen und Erhebungen vorangegangen. Trotz aller Niederlagen hat sich die Fahne wieder erhoben und leuchtet jetzt rein und unverjährt denen voran, die noch immer das Wort August Bebels befolgen: Die bürgerliche Gesellschaft

Die „unrentable" Landwirtschaft.

In der „Rügenschen Zeitung" ist folgendes zu lesen:

„Der fürstliche Bauernhofspächter Räwel in Lübkow verkaufte in den letzten drei Wochen auf dem Markt in Bergen: Eier das Stück zu 1 Mark, Kartoffeln 5 Liter zu 2 Mark, gleich Zentner 28 Mark, Butter das Pfund zu 20 M. und außerdem Obst und Gemüse zu bedeutend billigeren Preisen als die einschlägigen Geschäfte. Der Pächter Räwel bemerkte, daß er mit diesen Preisen sehr gut auskommen kann."

Diese Preise für Kartoffeln und Eier sind etwa halb so hoch als die sonst geforderten Erzeugerpreise. Trotzdem „beweist" die Junkerpresse tagtäglich, daß die jetzigen Erzeugerpreise für die Landwirtschaft (Großgrundbesitzer) unrentabel seien. Das Proletariat muß ganz energisch für Herabsetzung der Preise kämpfen, die Junker mögen sich bei dem Bauernhofpächter Räwel das Rezept geben lassen, wie man mit halb so hohen Preisen gut auskommt. Sekt und Schnapsfeste und Luxusautos dürften dann allerdings in Wegfall kommen.

Landarbeiter für geschlossene Kampffront.

Eine von der KPD. in Wiesa-Langenbruch einberufene Versammlung, in der Genosse Graef über die neuen Steuern und die Landbevölkerung sprach und in der die Zustände in Wiesa einer eingehenden Kritik unterzogen wurden, stimmte den Ausführungen des Referenten lebhaft zu. Der kommunistische Gedanke fiel auf guten Boden, obwohl Zentrum und SPD. bisher die führenden Parteien waren. Wir haben erreicht, daß viele Landarbeiter jetzt die Notwendigkeit des geschlossenen Kampfes aller Arbeiter erkannt haben. Auch die anwesenden Kleinbauern, die Stellenbesitzer, haben nach der Versammlung ihr Einverständnis mit unseren Auffassungen bekundet.

Den Erfolg der Versammlung, die von 160 Personen besucht war, zeigte auch eine Sammlung für Sowjetrußland, die 41,85 M. einbrachte. Ferner wurde Literatur umgesetzt.

Lohnbewegung der Landarbeiter in der Lausitz.

Auf die Forderungen der Landarbeiter betreffs Teuerungszulage, haben die Arbeitgeber 40 Pfennig für Freiarbeiter (ohne Deputat) bewilligt. Weibliche Freiarbeiter sowie sämtliche Deputatsempfänger gehen leer aus. Ihnen wird, wohl zum Hohne, nur das Deputatgetreide zum alten Preise berechnet.

Beim Steigen der Getreide- und Kartoffelpreise auf die Höhe der Weltmarktpreise sind die Junker und Großgrundbesitzer immer rasch zur Hand. Landarbeiter, schließt Euch zusammen, gestaltet Euren Verband zu einer revolutionären Kampforganisation, dann wird es Euch möglich sein, auskömmliche Lebensbedingungen zu erkämpfen!

Landarbeiterversammlungen im Unterbezirk Braunschweig.

Die kommunistische Propaganda unter dem Landproletariat im Unterbezirk Braunschweig ist auf fruchtbaren Boden gefallen. Die gegenwärtigen und kommenden Teuerungsverhältnisse bedingen, daß auch die Landarbeiter den wirtschaftlichen und Tagesfragen mehr Interesse entgegenbringen. Es fanden 6 Versammlungen statt, die durchschnittlich gut besucht waren. In Semmenstedt haben Bubenhände unsere Versammlungsplakate sofort wieder abgerissen, so daß der Besuch dieser Landarbeiterversammlung zu wünschen übrig ließ. Anknüpfend an die täglichen Nöte der Landproletarier wurde in allen Versammlungen „Der Kampf gegen die Teuerung" als Tagesordnung behandelt. Das Vorgetragene wurde überall mit Beifall aufgenommen. Die Diskussion bewegte sich im Sinne der Ausführungen. Unsere Forderungen fanden die Zustimmung der Versammelten. Die Versammlungen haben gezeigt, daß starke oppositionelle Kräfte im DLV. vorhanden sind, die gegen die Mißwirtschaft der Verbandsbürokraten ankämpfen. In Blankenburg a. Harz wurde der Wunsch geäußert, dem DLV. den Rücken zu kehren und dem FDV. beizutreten. Es bedurfte des ganzen Einflusses des Referenten, um die Landarbeiter vor Unbesonnenheiten zurückzuhalten. In Groß-Winingstedt versuchte der Verbandsangestellte des DLV., Jasper-Braunschweig, die arbeiterfeindliche Haltung der DLV.-Bürokratie zu verteidigen. Von den Landarbeitern und vom Referenten wurde das Haltlose ihrer Verbandspolitik nachgewiesen. Die kommunistische Literatur fand befriedigenden Absatz. Sammlungen für das hungernde Rußland, die im Verkauf von Postkarten vollzogen wurden, zeitigten ein gutes Ergebnis. Eine Anzahl von Parteimitgliedern wurde gewonnen.

Im allgemeinen läßt sich sagen, daß die Versammlungstour im Unterbezirk Braunschweig das Ergebnis brachte, welches von ihr vorausgesetzt wurde. Den Landarbeitern ist zum Bewußtsein gekommen, daß bei kommenden wirtschaftlichen und politischen Kämpfen nur im gemeinsamen, geschlossenen Handeln mit dem Industrieproletariat Erfolge für die Existenzsicherung errungen werden können. Bei uns haben diese Versammlungen das Bewußtsein gestärkt, daß das Landproletariat bei kommenden Kämpfen hinter uns stehen wird.

Rüstungen der pommerschen Reaktionäre.

Das kleinbürgerliche Pommern verspricht ein Bayern in zweiter Auflage zu werden. Bei Kadolf in Garin (Kolberg) fand die Ortspolizei bei einer Durchsuchung vier Maschinengewehre, 28 Gewehre, 3 Granatenwerfer, 10 Wurfgranaten und Maschinengewehrzubehörteile. Die Orgeschkämpfer haben schon blauweiße Armbinden mit Abzeichen zur Erkennung im Straßenkampf sich beschafft. In Stettin sind im „Wehrschatz" auf der Bank die erforderlichen Mittel sichergestellt. Ein Freiherr hat für die Bewaffnung gesorgt, nötigenfalls — wie z. B. im Kreise Belgard und Neustettin — durch Diebstahl bei den Ortswehren. Durch Verrat eines Unteroffiziers in Neustettin wurden letzthin 8000 versteckte Gewehre beschlagnahmt, desgleichen verschiedentlich Flugzeuge und Geschütze bei den Gutsbesitzern. Man verstand selbst legale Waffen durch Vorspiegelung einer Polengefahr zu erwerben. Die sehr seltenen Beschlagnahmen dürfen darüber nicht hinwegtäuschen, daß der gesamte Staatsapparat mit der Orgesch Hand in Hand arbeitet. So hat das Militär in Pommern bereits Plakate mit der Aufschrift „Fenster zu!", „Straße frei!" hergestellt.

Die gefährlichste Orgeschorganisation sind die Pommerschen „Feldhüter". Vor kurzem fand in Stettin eine Versammlung der Arbeitgeber der Kreisgruppe Randow des Pommerschen Landbundes statt. Der Vorsitzende Wienstein erklärte, er habe im Hinblick auf die kommenden Unruhen im

Das Gleichnis von der Gerechtigkeit*).

Es sei das Gleichnis von der Gerechtigkeit nacherzählt, das für die kommunistische Landgemeinde unter den Bauern wirkt.

Ein Vater hatte drei Söhne, drei rechte Dummköpfe. Der Vater starb und hinterließ als Erbe zum großen Kummer der Dummköpfe nur eine Fuhre Heu. Nun begannen die Dummköpfe zu überlegen und zu beraten, wie die Erbschaft zu teilen sei.

Diese Dummköpfe waren gerecht, und sie beschlossen, so zu teilen, daß keiner auch nur einen Halm mehr als der andere bekommen sollte. Anfangs teilten sie so, daß der einen Halm bekam, und dann der, und dann der. Aber sofort merkten sie, daß das sehr ungerecht sei, denn mancher Halm ist länger als der andere. Darauf beschlossen sie, die Halme in drei Arten zu teilen, in lange, mittlere und kurze, und danach die Verteilung vorzunehmen.

Aber auch das war nicht gerecht. Als sie das Stroh der Länge nach verteilten, da trat ihnen ein anderer Unterschied vor die Augen: ein Halm war dicker, ein anderer war dünner. Man mußte also jetzt jede Art in drei weitere teilen, in dicke, mittlere und dünnere Halme. So hatten sie jetzt neun Arten und begannen von neuem zu teilen. Aber trotzdem zeigten sich Unterschiede. Der eine Halm hatte ein dickes Ende und eine Spitze, ein dritter umgekehrt, ein vierter ohne das eine und ohne das andere.

Man mußte also, um gerecht zu sein, jede der neun Sorten wieder viermal teilen. Man hatte schon sechsunddreißig Sorten.

Verteilt man diese sechsunddreißig Sorten dreimal, so hatte man schon einhundertacht Haufen. Da aber geschah noch ein Unglück. Im Stroh fanden die Dummköpfe plötzlich zwei ungedroschene Aehren. Wie kann man zwei ungedroschene Aehren auf drei Menschen verteilen? Sie dachten nach; sie dachten und fingen an zu schwitzen. Sie fanden keinen Ausweg und wurden zornig und schlugen sich. Müde vom Zank, beschlossen sie endlich, die Aehren nicht nach Gerechtigkeit, sondern nach dem Lose zu verteilen. Und so gehen sie von Haufen zu Haufen und teilen und halten Gerechtigkeit.

Der Tag verging. Es wurde Abend, es wurde Nacht, der Morgen kam, immer noch teilten sie, aber bis zur Gerechtigkeit ist es noch weit.

Ein Vorübergehender fragte sie: „Was ist denn da los?"

Da erzählten die Dummen ihren Kummer, wieviel Mühe sie auf die Gerechtigkeit legten, und das Ende sei doch nicht abzusehen.

„Nun, und was wollt Ihr denn mit dem Stroh machen?" fragte der Vorübergehende.

„Nun, auf den Markt zum Verkauf bringen," antworteten die Dummköpfe.

„Ach, ihr Dummköpfe, wozu braucht Ihr Euch denn so zu bemühen? Verkauft doch das Stroh im Ganzen und teilt dann das Geld."

Aber die Dummköpfe waren von ihrer Sache so eingenommen, daß sie nicht hören wollten. So teilen sie auch heute noch, laufen um ihre Strohhaufen herum und blicken streng darauf, daß keiner ein Hälmchen mehr bekomme.

*) Aus dem „Kommunistischen Bauernkalender 1922".

Oberleu gleichzeitig [illegible] gegen die [illegible] Maßnahmen der schlesischen Junker, gegen den Sumpf der Breslauer Justiz und Polizei sprechen kann, und gleichzeitig in Oberschlesien einen Aufstand organisieren kann.

Mit Freude und Stolz stellen wir fest den großen Fortschritt der KPD. in Oberschlesien. Dieser Erfolg beruht auf der Gesundung des oberschlesischen Proletariats aus der nationalistischen Verhetzung. Die Kommunisten denken nicht an einen Aufstand, an eine „Rätespielerei". Sie wissen, daß eine endgültige Lösung des oberschlesischen Problems nur gelöst wird von dem revolutionären Proletariat Polens und Deutschlands.

Die Kommunisten, und besonders die in Oberschlesien, wissen aber auch, daß sie den vorhandenen Aufstandsgelüsten der mit „Hakenkreuz und schwarz-weiß-rotem Band" ausgerüsteten, der „Schlesischen Tagespost" nahestehenden Gesichters ganz gewaltig die Jacke vollhauen werden. In diesem Beginnen werden diesmal die Arbeiter aller Zungen und Parteien zusammenstehen. Sie werden dem Mord- und Raubgesindel, das sich in Oberschlesien „gesund machen" will, zum Lande hinausjagen.

Wir laden die Schmocks aus der „Tagespost" ein, einmal in unsere Breslauer Hauptzentrale zu kommen. Wir werden ihnen die gesundheitlichen „Junkerfresser" vorstellen, die gefährlicher sind, als der Mordkommissar Förster mit seinem, mit einem 3 Millionenetat arbeitenden Apparat.

Reichenbach i. Schl. Von dem Amtsgericht Reichenbach ist der Tischlermeister Herrmann aus Langenbielau freigesprochen worden. Derselbe hat die seinen Arbeitern abgezogenen Steuerbeiträge in Höhe von 700 M. nicht an das Finanzamt abgeführt. H. ist schon vorher wegen schweren Einbruchs zu 3½ Jahren Zuchthaus verurteilt. Das Amtsgericht stellte die Steuerunterschlagung als eine große Dummheit hin. Bezeich-

von der Staatsoper, Berlin.
Die Fledermaus.

Maurer,

evtl. mehrere Kolonnen für dauernde Arbeiten werden sofort eingestellt. Augenblicklicher Tariflohn **Mk. 9,65** pro Stunde.

Baugeschäft Eduard Steyer.
Leipzig-Plagwitz, Nonnenstraße 11b.

Ich bestelle hiermit ___ Exemplar der

„Schlesischen Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands.
(Sektion der Kommunistischen Internationale.)

Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags.

Abonnementspreis frei Haus monatlich 6.10 M., wöchentlich 1.50 M.

Name: _____

Beruf: _____

Ort: _____

Straße und Hausnummer: _____

Bestellungen nimmt jedes Postamt sowie die Expedition entgegen.

Winter (!) mit einer Arbeitsgemeinschaft in Potsdam verhandelt, die jederzeit echt deutschnational gesinnte Leute in beliebiger Anzahl zur Verfügung stellen könnte. Die Leute seien besonders gut geschult und mit der Waffe ausgebildet. Für den Kreis Randow werde man weitere 300, für ganz Pommern 8000 Mann brauchen, die als „Feldhüter" angestellt werden sollten. Von dem Lohn der „Feldhüter" müßte der Besitzer 12 M. pro Woche und Kopf an die Zentrale in Potsdam abführen, um die "arbeitslosen" Feldhüter zu ernähren. Aehnliche Organisationen seien schon unter dem Namen „Landwirtschaftliche Nothilfe" vorhanden, doch genügten sie nicht.

Beanspruchen die Reaktionäre für sich das Recht des Selbstschutzes, so muß sich auch das Proletariat seinen proletarischen Selbstschutz schaffen.

Wie Landarbeiter betrogen werden.

Die Landarbeiter auf dem Gute Wiesa bei Neustadt in Oberschlesien sind aus dem christlichen Verbande ausgetreten und dem DLV. beigetreten. Die Folge davon war, daß der Inspektor Scholler die Leute am nächsten Morgen im Stalle zusammenrief und ihnen erklärte, daß er ihnen eine Kuh, Lebensmittel und Kleider schenken würde, wenn sie wieder aus dem DLV. austreten würden. Ein Teil der Landarbeiter fiel auch darauf hinein. Aber, es sind seitdem Wochen vergangen und noch hat der Herr Inspektor nicht ein Wort seines Versprechens eingelöst.

Dieser edle Menschenfreund bietet den Landarbeitern eine Kuh und Lebensmittel an, weil er ihnen das ihnen sonst zustehende Deputat vorenthält. Den Arbeiter Götz hat er entlassen und die ihm zustehenden 21 Zentner Kartoffeln, also einen Teil seines Lohnes, nicht ausgehändigt. Einen Kutscher hat er entlassen, weil er dem DLV. angehört und Verschiedenen hat er die Kündigung angedroht.

Dieses Gut, das einer Frau von Cholitz gehört, verfügt über die denkbar schlechtesten Landarbeiterwohnungen. Anstatt nun aber Landarbeiterwohnungen zu bauen, um die „Leutenot" zu überwinden, wird an das prächtige geräumige Schloß der Besitzerin noch ein ganzer Flügel angebaut. Dies geschieht wohl aus Steuerflucht. Bewohnt wird das etwa 40 Zimmer zählende Schloß von ungefähr 10 Personen, während eine Landarbeiterfamilie mit 4—6 Kindern in einer einzigen Stube hausen muß.

Solche Zustände erfordern, daß die Landarbeiter sich zusammenschließen und energisch der Junkerherrschaft entgegentreten.

Wer ruiniert die Landwirtschaft?

Im Preußischen Landtag brachten die Deutschnationalen folgenden Antrag ein:

„Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß alle Streiks in der Landwirtschaft, welche die Herstellung und Einbringung der Ernte oder die Lieferung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen für die Verbraucher stören, verhindert werden."

Ein neues Beispiel dafür, wer in Wahrheit die Landwirtschaft durch Sabotage ruiniert und bewußt die Preise für die Lebensmittel hochschraubt, wurde uns kürzlich aus Schlesien gemeldet. Dort hat der Gutsbesitzer von Martin auf Diesta (Kr. Rothenburg) seine Kartoffeln ausbuddeln und dann auf dem Felde erfrieren lassen.

Warum ließ man die Kartoffeln erfrieren? Herr von Martin hat eine eigene Brennerei! Die hohen Schnapspreise veranlaßten diesen Menschenfreund, die Kartoffeln der menschlichen Ernährung zu entziehen, um so aus dem Hunger der Arbeiter klingende Münze zu prägen. Profit ist mein Vaterland!

Arbeitendes Volk, wie lange noch willst Du einem derartigen Treiben zusehen? Nur die Verfügung über sämtliche Großgrundbesitze durch die im Interesse des arbeitenden Volkes wirtschaftenden Gutsräte kann dieser Lotterwirtschaft ein Ende bereiten!

Unglaublicher Fehlspruch.

Am 30. September legten 1 300 Landarbeiter und Arbeiterinnen im Stadtkreise Halberstadt die Arbeit nieder. Sie wollten mehr Lohn haben. Nach Ansicht der dort „zuständigen Arbeitsgemeinschaft" und der Gewerkschaftssekretäre ist so ein Streik natürlich ein „wilder", da ihm deren Segen fehlte. Das geschlossene und entschlossene Auftreten der Landarbeiterschaft veranlaßte den staatlichen Schlichtungsausschuß Halberstadt, die Parteien zu einer Vermittlungssitzung, zwei Tage nach Ausbruch des Streiks, einzuladen. Die tariflichen Schlichtungsstellen waren jedoch der Meinung, trotzdem der Streik als „wilder" bezeichnet wurde, daß nur die im wohlgeordneten Tarifvertragsrecht vorgesehenen Stellen, in diesem Fall der Beirat des Landwirtschaftlichen Tarifamtes Sachsen-Anhalt, zuständig seien. Der staatliche Schlichtungsausschuß könnte höchstens als Kontrollinstanz fungieren, und man erlaubte ihm eine „Empfehlung betreffs Vorschlagszahlung à conto der vom Tarifamt festzusetzenden Lohnerhöhung" zu geben, damit die Arbeit wieder aufgenommen werde.

Der staatliche Schlichtungsausschuß verhandelte dann ohne die Parteien und verkündete folgenden Schiedsspruch: 1. Zuständigkeit ergibt sich im öffentlichen Interesse. 2. Der Streik hat den Charakter eines wilden Streiks. 3. Bis zur Entscheidung durch Tarifamt vorläufig 75 bzw. 55 Pfennig Stundenzulage.

Die Junkerpresse ist über diese bescheidene Entscheidung des staatlichen Schlichtungsausschusses in Harnisch geraten. Obwohl nur eine vorläufige Regelung getroffen wurde, die maßgebende Entscheidung über die Löhne dem Tarifamt vorbehalten bleiben soll, schreibt die „Deutsche Tageszeitung" vom 13. Oktober 1921:

„An das Reichsarbeitsministerium richten wir die Frage: Was gedenkt es zu tun, um solche unglaublichen Fehlsprüche staatlicher Schlichtungsausschüsse in Zukunft zu verhindern?"

Landarbeiter, merkt es Euch, wenn irgendein staatliches Organ auch nur den kleinen Finger für uns rührt, dann ist's ein unglaublicher Fehlspruch. Das Beispiel zeigt Euch, wenn Ihr geschlossen und einmütig auftretet, muß man Euch als Machtfaktor anerkennen und trotz dem Geschrei über „wilden Streik" und geordneten Schlichtungsweg Euch Zugeständnisse machen. Nicht die paar Pfennige, die völlig unzureichend sind, die Euch der Schlichtungsausschuß vorläufig zuspricht ist der große Sieg, sondern daß Euer Wille, Eure Macht anerkannt werden muß, daß Ihr zu kämpfen versteht trotz aller Hemmnisse durch die Arbeitsgemeinschaften.

Das ist so recht Dummenart: ein ganzes Jahrhundert gerecht zu teilen und doch die Verteilung nicht fertig zu bringen!

Viele werden fragen: Was soll dieses Gleichnis? Gibt es denn solche Dummköpfe auf der Welt? Ja, es gibt solche Dummköpfe, und sogar sehr viele. Die Bauern, die bis heute noch an der alten Art der Landverteilung hängen, benehmen sich genau so wie die Dummköpfe im Märchen.

Wenn man Stroh nicht in gleiche Teile teilen kann, kann man es auch nicht mit der Erde, die sich nie in ihren Eigenschaften gleicht. Und trotzdem teilt man vielerorts in Rußland die Erde mit mehr Mühe als in diesem Märchen. Und so erhält man unzählige Streifen, die über einen Raum von vielen Kilometern zerstreut sind. Die Fahrt von einem Orte zum anderen braucht mehr Zeit als die Bearbeitung des Landes. Die Landstreifen sind wohl „gerecht" verteilt, aber sie sind so klein, daß nicht nur kein Pferd und Pflug, nein, daß sich auch kein Mensch auf ihnen umdrehen kann. Und wieviel Land geht an den Grenzrainen verloren! Wieviel Sünde, Streit und Zank beim Verteilen! Da merkt man wenig von Gerechtigkeit. Habsucht, Neid und Furcht, daß die Nachbarn mehr bekommen, das sieht man hier, aber nicht Gerechtigkeit.

Was soll man tun? Man muß doch so oder so Das Land an die Arbeiter verteilen.

Die Antwort darauf ist wie die im Märchen: Wozu das Land teilen, wenn man viel leichter den Ertrag der Erde verteilen kann?

Und man kann das bei gemeinschaftlicher Landbestellung!

Wohin die Wucherer gehören.

Ein Wucherer war in der Predigt gewesen, und als er hinwegging, war er zornig und fluchte. Es begegnete ihm ein guter Gesell, der ihn kannte, der sprach zu ihm: Herr, warum seid Ihr also zornig? Der Wucherer sprach: Ei, der Mönch hat gepredigt, der Teufel werde die Wucherer alle in die Hölle tragen! Der Gesell sprach: Das ist erlogen! Gebt mir einen dicken Pfennig, so will ich wider ihn stehen unter allem Volke und will sagen, er habe nicht recht gesagt. Der Wucherer gab ihm den dicken Pfennig. Der Gesell ging in die Kirche und stellte sich vor die Kanzel. Der Wucherer ging auch hinein. Der Gesell sprach zu dem Prädikanten: Herr, habt Ihr gepredigt, der Teufel werde die Wucherer in die Hölle tragen? Der Prediger sagte, ja, das wäre wahr! Der Gesell sprach: Es ist nicht wahr! Der Prädikant fragte: Warum? Der Gesell sprach: Darum, er wird ihnen nicht so viel Ehre antun, daß er sie trage; — er wird sie bei den Füßen nehmen und sie hinausschleifen! Da lachte jedermann, und er hatte das Geld verdient, aber der Wucherer wurde noch zorniger.

Ein Wucherer war gestorben, und der Priester sagte: Liebe Freunde, laßt uns den Leib auf einen Wagen legen und zwei Ochsen davor spannen und Vertrauen zu Gott haben, so werden sie ihn wohl dahin ziehen, wo Gott will, daß sein Begräbnis sei! Das war seinen Freunden lieb. Da zogen ihn die Ochsen ohne alle menschliche Weisung unter den Galgen und wollten nicht weiter gehen. Dort wollte ihn Gott begraben haben, denn er hatte sich auf Erden betragen wie ein Dieb, darum sollte er auch begraben sein, wo die Diebe liegen.

Presse und Propaganda 12 Millionen Mark. Die Höhe des Etats der Vereinigung ist demgegenüber ja bekannt. Gelder für Presse und Propaganda stehen der Vereinigung bisher in diesem Rahmen überhaupt kaum zur Verfügung.

Namens des Propagandaausschusses und der Geschäftsführung der Vereinigung, an welche beide Organe in der kommenden Zeit gerade auch in der Frage der Propaganda außerordentliche Anforderungen herantreten werden, bitten daher die Unterzeichneten alle Mitgliedsverbände um ihre Unterstützung einmal durch Mitarbeit und Zusammenarbeit bei der Durchführung des Programms selbst, dann aber auch durch weitgehende Werbung und Abführung von Geldmitteln für den angegebenen Zweck. Wir sind gern bereit, einzelne Verbände auch mündlich über das Propagandaprogramm der Vereinigung und die Verhandlungen im Vorstand und Ausschuß zu informieren, glauben aber bei der Vertraulichkeit der Materie von einer weiteren Uebersendung von Veröffentlichungen Abstand nehmen zu müssen. Anliegende Anträge können in beliebiger Zahl von der Propagandaabteilung (Abtlg. IX) der Vereinigung kostenlos zur Verteilung angefordert werden. Wir bitten, uns so bald es sich übersehen läßt, die ungefähre Summe der besonderen Zeichnungen und das voraussichtliche Resultat der Umlage mitteilen zu wollen, damit wir entsprechend unsere Maßnahmen zur Ausdehnung und Propaganda treffen können.

Propaganda-Ausschuß:
gez.: Dr. Renhesser, Vorsitzender.
gez.: Dir. Witthausen, stellv. Vors.
Die Geschäftsführung, Propaganda-Abteilung:
gez.: Dr. Tänzler, Syndikus, gez.: v. Zengen.

II.

Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, E. V.
An die
deutsche Arbeitgeberschaft!

Wenn nicht alle Anzeichen täuschen, wird die deutsche Arbeitgeberschaft wieder einmal gegen ihren Willen zum Kampfe

[illegible]
Die Geschäftsführung:
gez. Dr. Tänzler, Syndikus.

Die Millionensammlungen der Unternehmer zum Zwecke der Bekämpfung der Arbeiterschaft verdienen die größte Beachtung. Um was handelt es sich? Wir stehen in der Zeit der großzügigen Unternehmeroffensive gegen die Arbeiterschaft.

Die Proletarierlöhne, die angesichts der sprunghaft kletternden Lebensmittelpreise zu lächerlich geringen Summen zusammenschrumpfen, sollen niedrig gehalten und noch mehr gedrückt werden.

Der Achtstundentag soll im Interesse des Profits abgebaut und beseitigt werden. Die Proleten sollen die Steuerlasten tragen. Die Ausbeuter wollen die Hungerknute noch ganz anders sausen lassen als bisher, damit sich die Dividenden steigern.

Und zur Durchführung ihrer Absichten werden die Arbeitgeberverbände in der kommenden Zeit gerade auch in der Frage der Propaganda außerordentliche Anforderungen erfüllen müssen. Das heißt die Unternehmer brauchen Schmiergelder in ihrem Kampfe gegen die Arbeiter, sie brauchen Gelder, um die sich prostituierende Presse bezahlen zu können.

Die Leunaarbeiter haben schon einen Begriff bekommen, was das Kapital propagandistisch zu leisten imstande ist. Ihnen flogen dieser Tage die „Hallesche Zeitung", das „Merseburger Tageblatt" kostenlos in die Wohnungen. Man sehe sich die Reklame an, die das Stinnesblatt, die „Allg. Zeitung für Mitteldeutschland", macht. Wahrlich, hier wird kein Geld geschont, um die Benebelung und Verkleisterung der Arbeiterhirne durchzuführen. Nicht nur den Körper des Arbeiters, auch seinen Geist will das Kapital.

Auch die Sturmangriffe der Ausbeuter auf dem Gebiete der geistigen Beeinflussung, der Beschwindelung der Arbeiter, werden fehlgeschlagen. Das Proletariat wird durch eiserne Notwendigkeit zum Kampfe gezwungen. Es muß eine seiner wichtigsten Waffen schärfen, indem es an der Verbreitung und dem Aufbau der proletarischen Presse arbeitet.

Einzelnummer 25 Pfg.

ung

tischen Internationale)

: Die 5gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0.90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0.40 Mk. Millimeterzeile, 3gespalten oder deren Raum im Text 3.— Mk.

n und Koalitionspolitik.

Von Karl Kautsky.

mmer klarer heraus, daß eine Revolution ist als proletarische Revolution. ist, solange nicht das organisierte Proht bildet, groß und kompakt genug, um mständen die Masse der Nation mit sich nn aber nur das Proletariat noch eine sse in der Nation darstellt, folgt anderer- jeder Zusammenbruch des bestehenden toralischer, finanzieller oder militärischer rott sämtlicher bürgerlicher h begreift, die sämtlich dafür verantwort- ; daß das einzige Regime, das in einem bestehende ablösen kann, ein proleta-

alle Genossen ziehen diese Konsequenzen. schon einige Male erwartete Revolution nen ist, schließen sie keineswegs daraus, ngen und Formen der kommenden Re- ie ökonomische Entwicklung anders ge- s man auf Grund der Erfahrungen aus ürgerlichen Revolutionen annahm, sondaß unter den geänderten Verhältnissen überhaupt nicht mehr zu erwarten, nicht ädlich sei.

hmen sie an, daß der weitere Ausbau gewonnenen Errungenschaften — Arbung, Gewerkschaften, Genossenschaften — kapitalistenklasse aus einer Position nach erdrängen und sie unmerklich zu n, ohne politische Revolution, ohne Wesens der Staatsgewalt. Diese nählichen ökonomischen Hineinwachsens aat bildet eine Modernisierung des alten opismus und Proudhonismus.

ber hält man es für möglich, daß das politischen Macht gelangt ohne Revoluohne erhebliche Machtverschiebung im ch eine kluge Taktik des Zusammendem Proletariat nahestehenden bürgerit denen man zusammen eine Koalitng bildet, zu der jede der beteiligten cht ausreichen würde.

eise komme man um die Revolution anz veraltetes, barbarisches Mittel darerem erleuchteten Jahrhundert der Dejik und der Menschenliebe keinen Platz

ungen würden, wenn sie zum Durchbruch von Marx und Engels begründete sozialtik über den Haufen werfen. Sie sind einbar. Das ist natürlich kein Grund, zunehmen, daß sie falsch sind, wohl aber daß jeder, der sie nach reiflicher Prüfung hat, ihnen lebhaft entgegentritt, da es sich elanglose Meinungen, sondern um das des kämpfenden Proletariats handelt.

ber bei Diskutierung dieser Differenzen nur zu leicht in falsche Bahnen, wenn man die strittigen Anschauungen nicht genau abgrenzt.

Darum sei hier nochmals, wie so oft schon früher darauf aufmerksam gemacht, daß es sich nicht etwa darum handelt, ob Arbeiterschutzgesetze und sonstige Gesetze im Interesse des Proletariats, ob Gewerkschaften und Genossenschaften notwendig und nützlich sind oder nicht. Darüber gibt es nicht zweierlei Meinungen unter uns.

Bestritten wird bloß die Anschauung, als könnten diese Faktoren so sehr erweitert werden, daß sie eine Befreiung des Proletariats vom kapitalistischen Druck bedeuten, ohne vorher auf Widerstände der ausbeutenden Massen, die über die Staatsgewalt verfügen, zu stoßen, die so stark sind, daß nur eine Revolution sie beseitigen kann.

Weiter handelt es sich nicht darum, ob wir Differenzen unter den bürgerlichen Parteien nicht zugunsten des Proletariats ausnützen sollen. Nicht umsonst haben Marx und Engels stets das Wort von der „reaktionären Masse" bekämpft, weil es zu sehr die Gegensätze verdeckt, die zwischen den verschiedenen Fraktionen der besitzenden Klassen herrschen und die für den Fortschritt des Proletariats mitunter sehr wichtig wurden. Sowohl die Arbeiterschutzgesetze, wie die Erweiterungen der politischen Rechte hatte es meist solchen Gegenständen zu verdanken.

Bestritten wird bloß die Möglichkeit, daß eine proletarische Partei mit bürgerlichen Parteien zusammen in normaler Weise eine Regierung oder eine Regierungspartei bilden kann, ohne dadurch in unüberwindliche Widersprüche zu geraten, an denen sie scheitern muß. Die Staatsgewalt ist überall ein Organ der Klassenherrschaft. Der Klassen-

Breslauer Nachri

An alle Arbeiter!

Noch immer sitzen in Schlesien 10 Gen
in Untersuchungshaft seit 7 Monaten. Zu B
die Genossen bis auf Gen. Oelßner entlass
man die Aktion der gesamten Arbeiterschä
Arbeiter Schlesiens! Nehmt in allen
lung. Erklärt Euch bereit zur Befreiung der
Vorkämpfer, die in den reaktionären Basti
und Schweidnitz, sitzen.
Verlangt überall:
Die Befreiung der politischen Gef

Generalversammlung der Metall

Am Dienstag fand im großen Saal
schaftshauses die Quartals-Generalver
DMV. statt. Der Hauptpunkt war die
vom Januar-Verbandstag. Von fünf K
die einzelnen Verhandlungsergebnisse vo
Berichterstatter erlaubten sich, besonders d
Tagung hervorzuheben, die sich mit den K
schäftigt. Besonders hatte es ihnen di
ansprache des ungarischen Kollegen und
heims angetan. Ein Kollege konnte aber
disziplinierte Haltung der Kommunisten
zuheben. Die Quintessenz von Jena sei i
vom Hauptvorstand festgelegt, nach der d
Gewerkschaft als politisch neutral, mit dem
talismus zu stürzen durch die einige Arb
Kollege Melzer zerpflückte die Ausfü
zelnen Diskussionsredner und legte der V
Standpunkt der KPD.-Kollegen zum DM
Die Kollegen müssen sich endlich einmal
den Kommunisten die Zersplitterer der G
sehen. Umgekehrt wird etwas daraus.
Kommunisten sehen, daß große Massen de
stehen, daß sie durch die Taktik der Gew
stoßen worden und resigniert beiseite st
durch eine konsequente revolutionäre Arbe
schaften die Massen wieder zu kampfkrä
ziehen. Wenn die Gewerkschaften schon ne
dann dürfe der Bundesvorstand des A
Hauptvorstände nicht ständig diese Parol
eine Politik machen, die ausschließlich de
der SPD. entspricht.
In der Diskussion traten alle „Kan
Behauptungen des Kollegen Metzger zu
Koll. Schneidewind erlaubte sich dabei
Lüge, indem er behauptete, daß der Ko
der letzten Quartalsversammlung sprach,
Berliner Unterstützungskommission 325 0
persönlichen Gunsten unterschlagen habe.
Sturm der Entrüstung erhob sich gegen
Behauptung. Auf energisches Verlangen
Wirsich, daß die Angaben des Koll. Schn
Tatsachen entsprechen. Dies wußte selb
Koll. Schneidewind. Aber: Verleumde
etwas bleibt schon hängen! Gegen die
der Kommunisten ist eben jedes Mittel re
Koll. Handke, der in den Hauptvo
hielt seinen Schwanengesang. Es war d
„alte Gewerkschaftsrichtung". Die alten
— — — usw. Die ganze Angst der L
ihre Archive und Kassenschränke zittern,
zur Entscheidung, zur Ergreifung der M
aus ihm. Erst die Kollegen erziehen,
lose Produktion übernehmen können,
Daß wir dabei zusehen müssen, wie die
pitalisten" das Volk immer mehr ins El
Proletariat dabei mit in den Abgrund
Koll. Wirsich hielt ein kurzes Schlu
Bei der Wahl zur Bezirkskonferen
schlag der kommunistischen Kollegen an
hielten Stimmen: Koll. Wickmann 440,
373. Der Vorschlag der Vertrauensle
sich an der Spitze erhielt 273, 292 und
Koll. Wirsich fühlte sich bemüßigt,
zustimmen: Wenn die Kollegen nicht r
seien, dann könnten ja andere die Sa
Dies ist eine ganz verfehlte Methode,
halten wird, mit Entschiedenheit darauf
die Verbandsarbeit angepaßt wird de
Verhältnissen, daß abgegangen wird von der stereotypen Formel: „Aufbau des Kapitalismus, und deshalb einträchtigstes Zusammenarbeiten mit den Unternehmern." Unsere Parole lautet: Beseitigung des Kapitalismus, und deshalb Umstellung der Kollegen, um zunächst soviel als möglich mit allen Mitteln herauszuholen und niemals vergessen das Endziel. Wenn die Angestellten diese Wünsche der Mitgliedschaft berücksichtigen und durchführen, liegt noch lange kein Grund zu ihrem Rücktritt vor.

Am Schluß wurde noch ein Antrag angenommen, wonach alle Bekanntmachungen, die außerhalb des Mitteilungsblattes bekannt gemacht werden, auch in der „Schlesischen Arbeiterzeitung" zu erfolgen haben.

Aus dem Waldenburger Revier.

Rot ist das Tuch, das wir entrollen.

Am Sonntag fand in Niederhermsdorf eine von der KPD. veranstaltete Bannerweihe statt. Die Beteiligung war eine zahlreiche, nicht zuletzt durch die Teilnahme der umliegenden Ortsgruppen. Vor Beginn der Feier wurden die Genossen, die nach dem Landfriedensbruchprozeß entlassen wurden, aus ihren Wohnungen abgeholt. Am Florabahnhof wurde der Genossen Kappe und Siegelat gedacht, die die Klassenjustiz noch in ihren Klauen hält. Am Flora-Bassin trug der Arbeitergesangverein Lieder vor, ein Jugendgenosse trug einen Prolog vor. Darauf wurde die Fahne, geschmückt mit den Symbolen der Arbeit, enthüllt.

Genosse Scholze hielt eine Festrede, indem er auf die Geschichte der Arbeiterbewegung einging; die rote Fahne ist allen revolutionären Kämpfen und Erhebungen vorangetragen. Trotz aller Niederlagen hat sich die Fahne wieder erhoben und leuchtet jetzt rein und unversehrt denen voran, die noch immer das Wort August Bebels befolgen. Die bürgerliche Gesellschaft

Junkerwillkür auf den Gütern des Grafen Brühl.

Auf dem Gute Neu-Sakrow des Grafen v. Brühl, der 23 Güter in der Lausitz sein eigen nennt, die eine Größe haben von etwa 100 000 Morgen, wovon 75 000 Morgen Waldbestand sind, ist im August d. J. ein Teil der Gebäude abgebrannt.

Die Landarbeiter stellten Wachen und sollten dafür besonders bezahlt werden. In den Nächten hat es stark geregnet, so daß die Landarbeiter in einer Nacht mehrmals die Kleidung wechseln mußten. Bis zum heutigen Tage haben sie die Bezahlung für diese Arbeit nicht erhalten.

Der Betriebsrat, der vom Oberinspektor bestimmt worden ist, tritt für die Landarbeiter nicht ein, desgleichen kümmert sich der DLV. um diese Angelegenheit nicht. Die Landarbeiter werden gut tun, endlich einmal den Stall am Enckeplatz auszumisten, wenn diese Herren dort nicht besser verstehen, für die Interessen der Landarbeiter einzutreten.

Aus dem Landbund.

Der Christliche Landarbeiter-Verband schließt sich dem Junkerbund an.

Der christliche Zentralverband der Landarbeiter und der Schlesische Landbund haben zusammen eine Wirtschaftsgemeinschaft gebildet, durch die die „Wirtschaftshilfe" des Zentralverbandes auch auf den Landbund ausgedehnt wird und die die „ländliche Wohlfahrtspflege" fördern helfen soll.

In Wirklichkeit bedeutet diese Annäherung der beiden Bünde die Verschacherung auch der im Christlichen Landarbeiter-Verband organisierten Arbeiter an den junkerlichen Landbund.

Die „Wohlfahrts"einrichtungen der beiden Bünde kann nur der genießen, der seine Beiträge für die verschiedensten „Wohlfahrten" sich von dem geringen Barlohne noch abknapsen will. Auf die dringendsten und grundlegenden Uebelstände: das Wohnungselend, die Kinderarbeit, die ganze Willkür der Gutsbesitzer aber erstreckt sich diese Wohlfahrtspflege überhaupt nicht. Die können nur endgültig abgeschafft werden mit dem kapitalistischen Ausbeutungssystem selbst. Nur um die Arbeiter daran zu hindern und sie immer wieder auf ihre Seite zu ziehen, haben die Junker ihre gelben Organisationen gegründet, an die nun auch der Christliche Landarbeiter-Verband sich in Schlesien verkauft hat.

Die Liebe der Hechte zum Karpfen.

„Aufgabe und Ziele des Landbundes" betitelt das Organ des Brandenburgischen Landbundes einen Artikel, in dem folgende Blüten zu lesen sind:

„Der Landbund steht abseits der politischen Parteien." Anscheinend haben die Führer des Landbundes zwei Seelen. Die eine gehört der Deutschen Volkspartei oder den Deutschnationalen, die andere ist parteipolitisch neutral und gehört dem Landbund.

„Der Landbund bedeutet keine Kampforganisation, sondern ist wirtschaftsfriedlich."

Daraus entspringt wohl die Anweisung des Brandenburgischen Landbundes zum Lieferungsstreik, worin unter anderem gesagt wird: „In jedem Kreise ist Vorbereitung zu treffen, daß der Streik erforderlichenfalls sofort einsetzen kann. Am wirksamsten ist Milchstreik, der vom ersten Tage an restlos erzwungen werden muß."

„Der Landbund will nicht Verhetzung, sondern Versöhnung der Gegensätze zwischen Verbraucher und Erzeuger, zwischen Land und Stadt."

Anweisungen zur Versöhnung gibt der B. B. in seiner Streikanweisung folgendermaßen: „Alle Städte im Kreis zunächst absperren, bis ihre Solidarität mit Landwirtschaft gesichert. Dann reichliche Belieferung, ... vorteilhafte Abschlüsse bzw. Lieferung, um den Landwirt für den während des Streiks entgangenen Verdienst zu entschädigen." Motto: Aushungerung, bis Wucherpreise bezahlt werden. Es lebe die Solidarität!

„Die Erhöhung der ländlichen Produktion ist einer der Leitgedanken des Landbundes. Produktionsvermehrung liegt im wohlverstandenen Interesse der Volksganzheit."

Das wohlverstandene Interesse der Junker ist ihr Profit, deshalb nahm im Jahre 1920 gegenüber 1913 die Ackerweide und Brache um 18 Prozent zu, während die Getreideanbaufläche um 17 Prozent abnahm, was ausschließlich auf das Konto der in den Landbünden organisierten Großagrarier fällt.

„Der ländliche Erzeuger muß im Einvernehmen mit dem Verbraucher arbeiten, nicht gegen ihn. Der Landwirt muß verstehen lernen die Nöte des Verbrauchers."

Das Einvernehmen der Landbündler beginnt schon beim proletarischen Säugling, dem sie durch Wucherpreise oder Lieferstreiks die Milch entziehen. Der Landbund versteht die Nöte des Verbrauchers — für seine Profite auszunützen. Er beseitigt sie, indem er ihm den Weg nach dem Kirchhof weist.

Reichslandbundmanöver gegen die Hilfsaktion für Sowjetrußland.

Das Organ des „Reichslandbundes" läßt sich folgendes schreiben: „Die kommunistischen Agitatoren der Landpropaganda und alle sonstigen Vertrauensleute in der Provinz sind aufgefordert worden, auf den Gütern die Getreidevorräte und Ernteerzeugnisse genau festzustellen, ferner von jedem kleinen Landwirt Getreide jeder Art für Sowjetrußland zu fordern. Besonders die Uckermark und Hinterpommern werden von Agenten bereist. Mehrere Güter im Kreise Templin sind der Parteileitung bereits gemeldet. Sie sollen große Getreidevorräte zurückhalten, um sie nach Polen zu verschieben."

Die großagrarischen Landbündler scheinen ein ziemlich schmutziges Brusttuch zu haben. Doch die Sache hat einen bestimmten Zweck. Der „Reichslandbund" schreibt dazu:

„Das Urteil über die hier aufgedeckten kommunistischen Spitzelmanöver ergibt sich von selbst. Anscheinend kommt man hier aber auch an eine der Quellen, aus denen immer wieder Nachrichten über Verschiebung deutschen Getreides in das Ausland fließen. Daß die obigen Mitteilungen über die Verschiebung großer Getreidevorräte nach Polen frivole Leichtfertigkeit an der Stirn tragen, braucht nicht besonders betont zu werden. Wohl aber sei hier der Abstand von den kommunistischen Anschauungen erneut festgestellt. Die deutschen Moskauhörigen wollen Getreide für Sowjetrußland erpressen. Deutsche Landwirte haben aber für das Ausland überhaupt kein Getreide verfügbar. Dieses Ausland hat sich, auch wenn es in bitterste Not geraten ist, an die Kornkammern der Welt zu wenden. Deutsches Getreide ist nur für Deutsche vorhanden."

Die Mitteilungen über „Verschiebung von Getreide ins Ausland" sollen als „kommunistisches Manöver" gestempelt werden. Daß hier bewußte Lüge vorliegt, geht daraus hervor, daß wir in unserer Presse nur Meldungen bürgerlicher Zeitungen und amtlicher Stellen wiedergegeben haben, was dem „Reichslandbund" ebenfalls bekannt sein dürfte.

Die Methode: „Haltet den Dieb!" wird aber nur angewandt, um für den Anlauf gegen die Hilfsaktion für Sowjetrußland etwas Boden unter den Füßen zu haben. Die Junkerkaste läßt lieber 25 Millionen Menschen den Hungertod sterben, wenn damit die Gefahr für ihre wirtschaftliche und politische Herrschaftsstellung eingedämmt wird.

Desto energischer und opferfreudiger muß das arbeitende Volk für seine russischen Brüder und für seine eigene Befreiung eintreten.

Pachtwesen.

Achtung, Kleinpächter!

Auf Grund der „Verordnung über Rechtsbeschwerden und Beisitzerberufung in Pachtschutzsachen" vom 23. Juli 1921 (Preußische Gesetzsammlung, Seite 488) sind die Beisitzer zum Pachteinigungsamte bis zum 15. November neu zu ernennen.

Die Vorschlagslisten sind von der Landwirtschaftskammer bis zum 15. Oktober dem Präsidenten des Landeskulturamtes zu übersenden. Wohl sieht die Verordnung vor, daß die Landwirtschaftskammer die Vorschläge bestehender Pächter- und Verpächterorganisationen „anhören" soll. Kleinpächter, zwingt die reaktionären Landwirtschaftskammern und Landeskulturämter, daß sie euch nicht nur „anhören", sondern daß eure Vorschläge maßgebend sind bei der Besetzung der Pachteinigungsämter. Weist auch ganz energisch das Ansinnen des Reichslandbundes zurück, der seinen Freunden rät, mit euch in Verbindung zu treten, „damit nicht bei Aufstellung der Vorschlagslisten für die Pächter die Landbundorganisationen ausgeschaltet werden".

Kleinpächter, handelt geschlossen, wählt in Kleinpächterversammlungen eure Vertretung und stellt euch hinter diese wie ein Mann.

Nicht die Großgrundbesitzer und Großpächter, sondern nur ihr selbst könnt und werdet für eure Interessen eintreten!

7½fache Pachtsteigerung in einem Jahr.

Die Pfarrländereien von Pomehrendorf, die bis zum 1. Oktober 1920 jährlich 2000 M. Pacht eintrugen, bringen in diesem Jahre 15 000 M. Pacht. Der **Pachtpreis** für die kleinen Pächter, denn solche kommen nur in Betracht, da die Parzellen 4—8 Morgen groß abgegeben werden, ist also um **das 7½fache gegenüber dem letzten Jahre gestiegen.**

Oberlein gleichzeitig im Landtage gegen die [illegible] Maßnahmen der schlesischen Junker, gegen den Sumpf der Breslauer Justiz und Polizei sprechen kann, und gleichzeitig in Oberschlesien einen Aufstand organisieren kann.

Mit Freude und Stolz stellen wir fest den großen Fortschritt der KPD. in Oberschlesien. Dieser Erfolg beruht auf der Gesundung des oberschlesischen Proletariats aus der nationalistischen Verhetzung. Die Kommunisten denken nicht an einen Aufstand, an eine „Rätespielerei". Sie wissen, daß eine endgültige Lösung des oberschlesischen Problems nur gelöst wird von dem revolutionären Proletariat Polens und Deutschlands.

Die Kommunisten, und besonders die in Oberschlesien, wissen aber auch, daß sie den **vorhandenen** Aufstandsgelüsten der mit „Hakenkreuz und schwarz-weiß-rotem Band" ausgerüsteten, der „Schlesischen Tagespost" nahestehenden Gesindels ganz gewaltig die Jacke vollhauen werden. In diesem Beginnen werden diesmal die Arbeiter aller Zungen und Parteien zusammenstehen. Sie werden dem Mord- und Raubgesindel, das sich in Oberschlesien „gesund machen" will, zum Lande hinausjagen.

Wir laden die Schmocks aus der „Tagespost" ein, einmal in unsere Breslauer Hauptzentrale zu kommen. Wir werden ihnen die gefürchteten „Junkerfresser" vorstellen, die gefährlicher sind, als der Mordkommissar Förster mit seinem, mit einem 3 Millionenetat arbeitenden Apparat.

Reichenbach i. Schl. Von dem Amtsgericht Reichenbach ist der Tischlermeister Herrmann aus Langenbielau freigesprochen worden. Derselbe hat die seinen Arbeitern abgezogenen Steuerbeträge in Höhe von 7000 M. nicht an das Finanzamt abgeführt. H. ist schon vorher wegen schweren Einbruchs zu 3½ Jahren Zuchthaus verurteilt. Das Amtsgericht stellte die Steuerunterschlagung als eine grobe Bummelei hin. Bezeich-

Gastspiel Elsa Kniepel
von der Staatsoper, Berlin.
Die Fledermaus.

Maurer,

evtl. mehrere Kolonnen für dauernde Arbeiten werden sofort eingestellt. Augenblicklicher Tariflohn **Mk. 9,65** pro Stunde.

Baugeschäft Eduard Steyer,
Leipzig-Plagwitz, Nonnenstraße 11b.

Ich bestelle hiermit ___ Exemplare der

„Schlesischen Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands.
(Sektion der Kommunistischen Internationale.)

Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags.

Abonnementspreis frei Haus monatlich 6.10 M., wöchentlich 1.50 M.

Name: ____________________

Beruf: ____________________

Ort: ____________________

Straße und Hausnummer: ____________________

Bestellungen nimmt jedes Postamt sowie die Expedition entgegen.

3. Jahrgang / Nr. 239

Einzelnummer 25 Pfg.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Austräger 1,50 Mk. für die Woche. 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat.
Postscheckkonto Nr. 28 885. „Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H." Breslau.
Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8887.

Sonntag, 23. Oktober 1921

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk.
Reklame: Die Millimeterzeile, 3gespalten oder deren Raum im Text 3.— Mk.

Werftarbeiterstreik in Hamburg.

(T.U.) Hamburg, 21. Oktober.

Die Werftarbeiter Hamburgs sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Eine Anzahl Werftarbeiter haben bereits, trotz Abraten der Führer, die Arbeit niedergelegt. Eine weitere Ausdehnung des Streiks wird befürchtet.

Das Werftkapital führt seinen systematischen Feldzug gegen die Werftarbeiter mit Rücksichtslosigkeit, ungehemmt von allen tariflichen Bestimmungen, weiter. Nachdem die Elbinger und Bremer Werftarbeiter niedergeschlagen worden sind, haben die Werftkapitalisten nun in Hamburg die Arbeiter durch andauernde Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen bis aufs äußerste gereizt, so daß diese zum Kampf gezwungen wurden. Wann wird die Leitung des DMV. diesem frivolen Spiel der Werftkapitalisten ein Ende machen und gestützt durch die ganze Macht der Gewerkschaft durch eine einheitliche Werftarbeiterbewegung das Unternehmertum in seine Schranken weisen?

Die Unternehmer rüsten zum Angriff.

Die Arbeitgeberverbände sammeln Millionen „zur Propaganda".

Wir veröffentlichen nachstehend zwei

vertrauliche Rundschreiben

der Vereingung der Deutschen Arbeitgeberverbände, die der Mannheimer „Tribüne" auf den Tisch geflogen sind.

I.

Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, E. V.
Rundschreiben Nr. 115/M.
Tagebuch Nr. IX/24 314.

An die

Mitglieder der Vereinigung der
Deutschen Arbeitgeberverbände, E. V.

In der Anlage übersenden wir einen **Aufruf**, betr. die **Propagandatätigkeit** der Vereinigung mit der **Bitte** um **Kenntnisnahme** und **weiteste vertrauliche Verbreitung in Ihren Mitgliedskreisen.**

In der Sitzung des großen Ausschusses der Vereinigung am 10. August wurde die Anregung gegeben, daß von der Vereinigung den Verbänden ein bestimmter Satz für die Beihilfe vorgeschlagen werden möchte. In Verfolg dieser Anregung bemerken wir, daß bei einer einmaligen Umlage von etwa 1 Mark auf den Kopf des Arbeiters diese Maßnahme, wenn sie von sämtlichen Verbänden durchgeführt wird, genügen würde, um die zunächst unbedingt notwendigen Mittel zusammenzubringen. Wir bitten aber unsere Mitgliedsvorstände weiter, über diese Umlage hinaus die großen kapitalkräftigen Firmen und Konzerne veranlassen zu wollen, eine besondere Zuwendung für diesen besonderen Zweck auf das auf das angegebene Konto (Diskontogesellschaft Berlin W 8, Unter den Linden 35, Konto „Propagandafonds der Vereinigung") zu machen. Dankbar wären wir endlich, wenn die vom Vorstand und Ausschuß der Vereinigung gebilligte Aktion zum Zusammenbringen des notwendigen Fonds so schnell wie möglich in die Wege geleitet würde. Wir möchten daran erinnern, daß allein der Etat einer einzigen Gewerkschaft, des Deutschen Metallarbeiterverbandes, schon im verflossenen Jahr über 140 Millionen Mark betrug, darunter allein für Agitation, Presse und Propaganda 12 Millionen Mark. Die Höhe des Etats der Vereinigung ist demgegenüber ja bekannt. Gelder für Presse und Propaganda stehen der Vereinigung bisher in diesem Rahmen überhaupt kaum zur Verfügung.

Namens des Propagandaausschusses und der Geschäftsführung der Vereinigung, an welche beide Organe in der kommenden Zeit gerade auch in der Frage der Propaganda außerordentliche Anforderungen herantreten werden, bitten daher die Unterzeichneten alle Mitgliedsverbände um ihre Unterstützung einmal durch Mitarbeit und Zusammenarbeit bei der Durchführung des Programms selbst, dann aber auch durch weitgehende Werbung und Abführung von Geldmitteln für den angegebenen Zweck. Wir sind gern bereit, einzelne Verbände auch mündlich über das Propagandaprogramm der Vereinigung und die Verhandlungen im Vorstand und Ausschuß zu informieren, glauben aber bei der Vertraulichkeit der Materie von einer weiteren Uebersendung von Veröffentlichungen Abstand nehmen zu müssen. Anliegende Aufrufe können in beliebiger Zahl von der Propagandaabteilung (Abtlg. IX) der Vereinigung kostenlos zur Verteilung angefordert werden. Wir bitten, uns so bald es sich übersehen läßt, die ungefähre Summe der besonderen Zeichnungen und das voraussichtliche Resultat der Umlage mitteilen zu wollen, damit wir entsprechend unsere Maßnahmen zur Ausdehnung und Propaganda treffen können.

Propaganda-Ausschuß:
gez.: Dr. Renkhoffer, Vorsitzender.
gez.: Dir. Witthausen, stellv. Vors.
Die Geschäftsführung, Propaganda-Abteilung:
gez.: Dr. Tänzler, Syndikus, gez.: v. Zengen.

II.

Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, E. V.

An die

deutsche Arbeitgeberschaft!

Wenn nicht alle Anzeichen täuschen, wird die deutsche Arbeitgeberschaft wieder einmal gegen ihren Willen zum Kampfe gezwungen werden. Aus Anlaß der Brotverteuerung halten die Spitzenverbände der Arbeiter und Angestellten es für angebracht, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln eine außerordentliche Agitation zu entfalten. Noch spricht man nur von Lohnforderungen, aber im Hintergrunde steht ein Ziel, das viel weiter geht. Die deutsche Arbeitgeberschaft will diesen Kampf, der auf Kosten unserer gesamten Volkswirtschaft geht, nicht. Wir müssen ihn mit allen Mitteln zu verhindern suchen, aber wenn er doch kommen sollte, in der Lage sein, die Drohung in Ruhe aufzunehmen. Dieses können wir nur, wenn wir Arbeitgeber in geschlossener innerer Front einig zusammenstehen und wenn wir uns Rüstzeug schaffen, um der Agitation der Gegenseite in der Oeffentlichkeit standzuhalten und ihr zu begegnen.

Der Vorstand und der große Ausschuß der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hält es daher für unumgänglich notwendig, daß durch eine umfassende Propaganda alle Verbände unter Leitung ihrer Spitzenorganisationen mehr als bisher in der Oeffentlichkeit der „Arbeitgebergedanke" mit seinen Rechten und Forderungen vertreten, und daß andererseits die innere Kampffront der deutschen Arbeitgeberschaft gekräftigt wird. Diese Kräftigung der inneren Front ist um so notwendiger, als sich ja bekanntlich gerade in letzter Zeit die großen Organisationen der Beamten mit denen der Arbeiter und Angestellten grundsätzlich auf gewerkschaftlicher Anschauung geeinigt haben.

Wir fordern daher die Industrie heute auf, in eigener Sache ihrer Spitzenorganisation, der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, für die besonderen Zwecke der Propaganda die Mittel zur Verfügung zu stellen, deren sie bedarf, um der gesamten Arbeitgeberschaft die Machtstellung und den Einfluß zu geben und zu sichern, welche sie zur Durchführung ihrer sozialpolitischen und sonstigen Aufgaben, Ziele und Forderungen dringend benötigt.

In der Sitzung des großen Ausschusses der Vereinigung am 10. August, in der die Vertreter der großen Fachverbände und regionalen Spitzenvereinigungen anwesend waren, hat der stellv. Vorsitzende des Propagandaausschusses das „Propaganda-Programm" der Vereinigung eingehend entwickelt und begründet und im vollsten Maße die Zustimmung der Versammlung gefunden. Auf Einzelheiten an dieser Stelle einzugehen, verbietete die Vertraulichkeit des Gegenstandes. Es sei nur gesagt, daß die Erreichung des angegebenen Zieles mit allen nur möglichen und bewährten Mitteln der Propaganda unter Leitung und tätiger Mitarbeit der Herren des Propagandaausschusses erstrebt werden soll.

Die im Vorstand und Ausschuß der Vereinigung vertretene deutsche Arbeitgeberschaft hat einstimmig beschlossen, der Vereinigung ausreichende Mittel für diesen besonderen Zweck zur Verfügung zu stellen und bittet hiermit alle Arbeitgeber, schnell und reichlich durch ihre Verbände und auch unmittelbar eine einmalige Summe in größtmöglichster Höhe zu spenden. Die Unterzeichneten glauben, daß die deutsche Industrie, die Millionen und aber Millionen für soziale und gemeinnützige Organisation in uneigennütziger Weise gezeichnet hat, auch diesmal nicht versagen wird, wo es um die eigene Sache geht.

Die Einzahlungen bitten wir auf das Sonderkonto der Vereinigung, „Propagandafonds" bei der Diskontogesellschaft, Berlin W 8, Unter den Linden 35, vorzunehmen.

Der Vorstand:
gez.: Dr Sorge, Vorsitzender.
Der Propaganda-Ausschuß:
gez.: Dr. Bohnhoeffer, Vorsitzender.
Die Geschäftsführung:
gez. Dr. Tänzler, Syndikus.

Die Millionensammlungen der Unternehmer zum Zwecke der Bekämpfung der Arbeiterschaft verdienen die größte Beachtung. Um was handelt es sich? Wir stehen in der Zeit der großzügigen Unternehmeroffensive gegen die Arbeiterschaft.

Die Proletarierlöhne, die angesichts der sprunghaft kletternden Lebensmittelpreise zu lächerlich geringen Summen zusammenschrumpfen, sollen niedrig gehalten und noch mehr gedrückt werden.

Der Achtstundentag soll im Interesse des Profits abgebaut und beseitigt werden. Die Proleten sollen die Steuerlasten tragen. Die Ausbeuter wollen die Hungerknute noch ganz anders sausen lassen als bisher, damit sich die Dividenden steigern.

Und zur Durchführung ihrer Absichten werden die Arbeitgeberverbände in der kommenden Zeit gerade auch in der Frage der Propaganda außerordentliche Anforderungen erfüllen müssen. Das heißt die Unternehmer brauchen Schmiergelder in ihrem Kampfe gegen die Arbeiter, sie brauchen Gelder, um die sich prostituierende Presse bezahlen zu können.

Die Leunaarbeiter haben schon einen Begriff bekommen, was das Kapital propagandistisch zu leisten imstande ist. Ihnen flogen dieser Tage die „Hallesche Zeitung", das „Merseburger Tageblatt" kostenlos in die Wohnungen. Man sehe sich die Reklame an, die das Stinnesblatt, die „Allg. Zeitung für Mitteldeutschland", macht. Wahrlich, hier wird kein Geld geschont, um die Benebelung und Verkleisterung der Arbeiterhirne durchzuführen. Nicht nur den Körper des Arbeiters, auch seinen Geist will das Kapital.

Auch die Sturmangriffe der Ausbeuter auf dem Gebiete der geistigen Beeinflussung, der Beschwindelung der Arbeiter, werden fehlgeschlagen. Das Proletariat wird durch eiserne Notwendigkeit zum Kampfe gezwungen. Es muß eine seiner wichtigsten Waffen schärfen, indem es an der Verbreitung und dem Aufbau der proletarischen Presse arbeitet.

Revolution und Koalitionspolitik.

Von Karl Kautsky.

Es stellt sich immer klarer heraus, daß eine Revolution nur noch möglich ist als proletarische Revolution. Daß sie unmöglich ist, solange nicht das organisierte Proletariat eine Macht bildet, groß und kompakt genug, um unter günstigen Umständen die Masse der Nation mit sich fortzureißen. Wenn aber nur das Proletariat noch eine revolutionäre Klasse in der Nation darstellt, folgt andererseits daraus, daß jeder Zusammenbruch des bestehenden Regimes, sei er moralischer, finanzieller oder militärischer Art, den Bankrott sämtlicher bürgerlicher Parteien in sich begreift, die sämtlich dafür verantwortlich geworden sind; daß das einzige Regime, das in einem solchen Fall das bestehende ablösen kann, ein proletarisches ist.

Jedoch nicht alle Genossen ziehen diese Konsequenzen. Wenn die bisher schon einige Male erwartete Revolution noch nicht gekommen ist, schließen sie keineswegs daraus, daß die Bedingungen und Formen der kommenden Revolution durch die ökonomische Entwicklung anders gestaltet wurden, als man auf Grund der Erfahrungen aus den bisherigen bürgerlichen Revolutionen annahm, sondern sie schließen, daß unter den geänderten Verhältnissen eine Revolution überhaupt nicht mehr zu erwarten, nicht notwendig, ja schädlich sei.

Einerseits nehmen sie an, daß der weitere Ausbau der bisher schon gewonnenen Errungenschaften — Arbeiterschutzgesetzgebung, Gewerkschaften, Genossenschaften — genüge, um die Kapitalistenklasse aus einer Position nach der anderen zu verdrängen und sie unmerklich zu expropriieren, ohne politische Revolution, ohne Aenderung des Wesens der Staatsgewalt. Diese Theorie des allmählichen ökonomischen Hineinwachsens in den Zukunftsstaat bildet eine Modernisierung des alten antipolitischen Utopismus und Proudhonismus.

Anderseits aber hält man es für möglich, daß das Proletariat zur politischen Macht gelangt ohne Revolution, das heißt, ohne erhebliche Machtverschiebung im Staat, einfach durch eine kluge Taktik des Zusammenwirkens mit den dem Proletariat nahestehenden bürgerlichen Parteien, mit denen man zusammen eine Koalitionsregierung bildet, zu der jede der beteiligten Parteien allein nicht ausreichen würde.

Auf diese Weise komme man um die Revolution herum, die ein ganz veraltetes, barbarisches Mittel darstelle, das in unserem erleuchteten Jahrhundert der Demokratie, der Ethik und der Menschenliebe keinen Platz finde.

Diese Auffassungen würden, wenn sie zum Durchbruch kämen, die ganze von Marx und Engels begründete sozialdemokratische Taktik über den Haufen werfen. Sie sind mit dieser unvereinbar. Das ist natürlich kein Grund, von vornherein anzunehmen, daß sie falsch sind, wohl aber ist es begreiflich, daß jeder, der sie nach reiflicher Prüfung für falsch erkannt hat, ihnen lebhaft entgegentritt, da es sich dabei nicht um belanglose Meinungen, sondern um das Wohl und Wehe des kämpfenden Proletariats handelt.

Man gerät aber bei Diskutierung dieser Differenzen nur zu leicht in falsche Bahnen, wenn man die strittigen Anschauungen nicht genau abgrenzt.

Darum sei hier nochmals, wie so oft schon früher darauf aufmerksam gemacht, daß es sich nicht etwa darum handelt, ob Arbeiterschutzgesetze und sonstige Gesetze im Interesse des Proletariats, ob Gewerkschaften und Genossenschaften notwendig und nützlich sind oder nicht. Darüber gibt es nicht zweierlei Meinungen unter uns.

Bestritten wird bloß die Anschauung, als könnten diese Faktoren so sehr erweitert werden, daß sie eine Befreiung des Proletariats vom kapitalistischen Druck bedeuten, ohne vorher auf Widerstände der ausbeutenden Massen, die über die Staatsgewalt verfügen, zu stoßen, die so stark sind, daß nur eine Revolution sie beseitigen kann.

Weiter handelt es sich nicht darum, ob wir Differenzen unter den bürgerlichen Parteien nicht zugunsten des Proletariats ausnützen sollen. Nicht umsonst haben Marx und Engels stets das Wort von der „reaktionären Masse" bekämpft, weil es zu sehr die Gegensätze verdeckt, die zwischen den verschiedenen Fraktionen der besitzenden Klassen herrschen und die für den Fortschritt des Proletariats mitunter sehr wichtig wurden. Sowohl die Arbeiterschutzgesetze, wie die Erweiterungen der politischen Rechte hatte es meist solchen Gegenständen zu verdanken.

Bestritten wird bloß die Möglichkeit, daß eine proletarische Partei mit bürgerlichen Parteien zusammen in normaler Weise eine Regierung oder eine Regierungspartei bilden kann, ohne dadurch in unüberwindliche Widersprüche zu geraten, an denen sie scheitern muß. Die Staatsgewalt ist überall ein Organ der Klassenherrschaft. Der Klassen-

gegensatz zwischen dem Proletariat und den besitzenden Klassen ist aber so gewaltig, daß das Proletariat nie mit einer besitzenden Klasse zusammen herrschen kann. Die besitzende Klasse wird stets verlangen und in ihrem Interesse verlangen müssen, daß die Staatsgewalt fortfahre, das Proletariat niederzuhalten. Dagegen wird das Proletariat von einer Regierung, an der seine eigene Partei beteiligt ist, stets verlangen, daß die Staatsgewalt ihm in seinen Kämpfen gegen das Kapital beistehe. Daran muß jede proletarisch-bürgerliche Koalitionsregierung scheitern.

Eine proletarische Partei in einer bürgerlichen Koalitionsregierung wird stets mitschuldig werden an Handlungen zur Niederhaltung des Proletariats, die ihr dessen Mißachtung einbringen, und dabei doch stets durch das Mißtrauen ihrer bürgerlichen Blockbrüder eingeengt bleiben und an jeder ersprießlichen Tätigkeit dadurch verhindert werden. Jedes derartige Regime kann nicht eine Stärkung des Proletariats bringen — dazu gibt sich keine bürgerliche Partei her; es kann bloß eine proletarische Partei kompromittieren, das Proletariat verwirren und spalten.

So sehr Marx und Engels dafür waren, die Differenzen bürgerlicher Parteien zur Förderung proletarischer Zwecke zu benutzen, so sehr sie das Wort von der „reaktionären Masse" bekämpften, so haben sie doch das Wort von der Diktatur des Proletariats geprägt, das Engels noch 1891, kurz vor seinem Tode verfocht, das Wort von der politischen Alleinherrschaft des Proletariats als der einzigen Form, in der es die politische Macht auszuüben vermöge.

Ist aber ein bürgerlich-proletarisches Blockregiment als Mittel der Entwickelung proletarischer Macht unmöglich und findet der Fortschritt von Sozialreformen und ökonomischen Organisationen des Proletariats unter den gegebenen Machtverhältnissen seine Grenzen, dann ist nicht der mindeste Grund gegeben, daraus, daß die politische Revolution noch nicht gekommen ist, zu schließen, es habe solche Revolutionen nur in der Vergangenheit gegeben, in Zukunft werde es keine mehr geben.

Andere Zweifler an der Revolution sind nicht so apodiktisch. Sie halten es für möglich, daß noch einmal eine kommt, aber wenn sie komme, so liege das in unabsehbarer Ferne. Für mindestens ein Menschenalter hinaus sei sie ganz unmöglich. Sie komme für unsere praktische Politik nicht in Betracht. In den nächsten Jahrzehnten müßten wir uns auf die Taktik des friedlichen Hineinwachsens und der proletarisch-bürgerlichen Blockpolitik einrichten.

Und doch tauchen gerade jetzt Tatsachen auf, die uns veranlassen müssen, wieder mit der Revolution als einer realen Möglichkeit für absehbare Zeit zu rechnen."

*

So Kautsky um die Jahreswende 1908/09 in seinem „Weg zur Macht". Der Schlußsatz und der Satz: „bestritten wird bloß die Anschauung" bis „daß nur eine Revolution sie beseitigen kann" fehlen in der im Buchhandel befindlichen Ausgabe. Weil die Instanzen und wohl auch Herr Kautsky diese Sätze in der damaligen Zeit für strafrechtlich bedenklich hielten, wurde der erste Druck wieder eingestampft und eine neue Ausgabe ohne jene Sätze hergestellt. Am Sinne der Ausführungen ändert das Fehlen der beiden Sätze nichts. Und diese Ausführungen gehen dahin, daß eine sozialistisch-bürgerliche Koalitionsregierung nicht nur kompromittierend für die sozialistische Partei, sondern auch zerrüttend und vernichtend für das Proletariat wirken muß. Es sind keine Offenbarungen und neue Weisheiten, die wir da finden, für jeden wirklich revolutionären Sozialisten sind es durchweg Selbstverständlichkeiten. Da indessen die alte Sozialdemokratie auch lange vor dem Kriege nur noch in der Phrase revolutionär war, ist es immerhin interessant, den Theoretiker der Partei den Nachweis führen zu sehen, daß nur die Diktatur des Proletariats die einzige Form ist, in der das Proletariat die politische Macht auszuüben vermag, und daß zur Diktatur des Proletariats keine Demonstration, keine Koalition mit bürgerlichen Parteien, sondern nur die Revolution führen kann. Die Erinnerung an jene Kautskyschen Sätze sind um so zeitgemäßer jetzt, wo der Bund der Blockbrüder auf das Großkapital ausgedehnt wird, nachdem in dreijähriger Probe der Verrat der proletarischen Interessen durch die sozialistischen Blockteilhaber zur Evidenz erwiesen wurde.

Mag das Proletariat daraus seine Lehren ziehen!

Politische Uebersicht.

Wortlaut der Empfehlung des Völkerbundsrates über Oberschlesien.

(Havas.) Paris, 20. Oktober.

Man veröffentlichte heute die Dokumente über Oberschlesien, die dem Völkerbundsrat und dem Vorsitzenden des Obersten Rates unterbreitet wurden, besonders die am 12. Oktober einstimmig angenommene Empfehlung. Die Grenzlinie war darin genau festgelegt.

Um die Fortdauer des wirtschaftlichen Lebens Oberschlesiens nach der Teilung zu sichern und auf ein Mindestmaß die Schwierigkeiten der Uebergangsperiode zu beschränken, wurden folgende Maßnahmen vorgeschlagen: Die Bahnlinien, die Privatgesellschaften gehören, werden auch weiterhin wie bisher verwaltet. Für die Bahnstrecken des deutschen Staates wird ein gemeinsames Betriebssystem während fünfzehn Jahren in Kraft treten.

Die Tarife werden vereinheitlicht und die Fahrpläne sollen den Bedürfnissen der Industrie angepaßt werden, und der Aufenthalt an der Grenze möglichst kurz sein. In dem Abstimmungsgebiet wird während eines Zeitraumes, der 15 Jahre nicht übersteigen darf, die Mark das einzige gesetzliche Zahlungsmittel sein. Dieses System kann nach einer Vereinbarung zwischen beiden Regierungen geändert werden. Für Post, Telephon- und Telegraphengebühren wird für die ganze Dauer des deutschen Gebietsteils die Mark als Zahlungsmittel festgesetzt.

Zollverwaltung.

Die Zollgrenze fällt mit der politischen Grenze zusammen. Die Zollgrenze und Zollgebühren kommen mit einigen Ausnahmen zur Anwendung. So werden während sechs Monaten Rohstoffe, Halbfabrikate und unvollendete Fabrikate, welche aus den industriellen Unternehmen der beiden Parteien ins Abstimmungsgebiet kommen und von den industriellen Unternehmen der andern Partei der gleichen Zone fertiggestellt und verbraucht werden sollen, zollfrei über die Grenze gehen. Während 15 Jahren dürfen die gleichen Erzeugnisse der gleichen Herkunft und zu gleicher Bestimmung die Grenze zollfrei überschreiten, wenn sie aus Niederschlesien in das Abstimmungsgebiet bestimmt sind. Naturprodukte oder Fabrikate aus dem polnischen Teile des Abstimmungsgebietes sind auf die Dauer von drei Jahren von sämtlichen Zollabgaben bei ihrer Einfuhr in das deutsche Zollgebiet befreit. Diese dreijährige Periode beginnt mit dem Tage der Notifizierung der deutsch-polnischen Grenzfestlegung.

Kohlen und Gruben.

Polen wird während 15 Jahren die Ausfuhr der Grubenerzeugnisse aus dem Abstimmungsgebiet erlauben. Was die Kohle anbetrifft, so wird den verschiedenen Bestimmungen der Verträge, Beschlüsse, internationalen Vereinbarungen usw. zwischen Deutschland und Polen und den Gegenden, die unmittelbar oder mittelbar an der Einfuhr oberschlesischer Kohlen interessiert sind, Rechnung getragen werden. Deutschland wird gleichfalls auf die Dauer von 15 Jahren die Ausfuhr seiner Grubenerzeugnisse nach Polen erlauben.

Verschiedene Bestimmungen.

Verschiedene andere Maßnahmen werden ins Auge gefaßt, betr. der sozialen Versicherungen, der Arbeiterverbände und des Verkehrs zwischen den beiden Parteien im Gebiet. Die in Kraft befindlichen Verordnungen im Abstimmungsgebiet betreffend im besonderen Gruben, Industrie- und Handelsunternehmen, Arbeitergesetzgebung bleiben in Kraft bis zum Augenblick, wo Polen eine auf sein ganzes Gebiet anwendbare Gesetzgebung geschaffen hat, die an die Stelle der früheren Verordnungen treten kann. Alle diese aufgeführten Maßnahmen werden der Gegenstand eines zu treffenden Abkommens zwischen Deutschland und Polen in der Form einer allgemeinen Konvention zwischen den beiden Ländern bilden. Diese Konvention wird daher Oberschlesien während der Uebergangszeit unter ein besonderes Regime stellen. Zur Erleichterung der Vorbereitung und der Ausführungskontrolle dieser zeitlichen Maßnahmen wird eine Kommission gebildet, die aus der gleichen Anzahl Polen und Deutscher aus Oberschlesien besteht mit einem Vorsitzenden anderer Staatsangehörigkeit. Sie wird den Titel „Gemischte Oberschlesische Kommission" führen und hauptsächlich beratend sein. Ein Schiedsgericht kann eingesetzt werden, um alle Privatstreitigkeiten zu regeln, die sich aus der Anwendung der zeitweiligen Maßnahmen ergeben können. Streitfälle, die sich aus der Ausführung und der Auslegung der allgemeinen Konvention ergeben, werden auf Grund der Bestimmungen der genannten Konvention und des Völkerbundsstatuts, falls dies nötig ist, geregelt.

In dem Begleitschreiben von Briand heißt es:

Die Alliierten sind entschlossen, die Beobachtung dieser Entscheidung seitens der beiden Parteien durchzusetzen. In dem Falle, daß die interessierten Regierungen oder eine derselben aus irgendeiner Ursache ablehnen sollten, die ganze Entscheidung oder einen Teil derselben anzunehmen, oder in dem Fall, daß sie durch ihre Haltung bekunden sollte, der loyalen Durchführung dieser Entscheidung Hindernisse in den Weg zu legen, sind die alliierten Regierungen im Interesse des allgemeinen Friedens der Ansicht, daß die Notwendigkeit vorliege, so schnell wie möglich das in Aussicht genommene Regime einzusetzen, wobei sie sich vorbehalten, solche Maßnahmen in Anwendung zu bringen, die sie als notwendig erachten, um die volle Wirkung ihrer Entscheidung sicherzustellen.

Internationale Anleihe für Deutschland.

Das Proletariat zahlt.

(EE.) Paris, 21. Oktober 1921.

Dem Berliner Korrespondenten des „New York Herald" zufolge hätten in den letzten Tagen zwischen dem Chef des Londoner Bankhauses Anton Rothschild und Mitgliedern der deutschen Regierung Verhandlungen wegen einer englisch-amerikanischen Reparationsanleihe stattgefunden. Baron Rothschild verließ gestern Berlin und wird nach London zurückkehren mit der Absicht, diese Anleihe mit der englischen Regierung zu erörtern. Wenn sein Standpunkt in der Downingstreet Zustimmung finden sollte, würde er sofort nach Amerika reisen, um mit amerikanischen Bankiers zu verhandeln. Die ersten Besprechungen in Berlin wurden im Berliner Bankhause Mendelssohn u. Co. abgehalten. Kanzler Wirth, Dr. Rosen, Dr. Rathenau, Präsident Havenstein von der Reichsbank, Herr v. Schwabach und andere waren anwesend. Am nächsten Tage wurden die Besprechungen im Berliner Auswärtigen Amt fortgesetzt. Außer den genannten Personen waren noch der Präsident des Reichsverbandes der Industriellen, Dr. Sorge, sowie Herr Krämer vom Reichswirtschaftsrat anwesend. Es ist noch nicht bekannt, auf welche Summe sich die Anleihe belaufen würde, doch erfährt der Korrespondent des New-York Herald, daß man in der Person Baron v. Rothschilds die Sicherheit habe, daß der englische Anteil an dieser Anleihe für Deutschland befriedigend sein werde.

Man erörterte hauptsächlich die Amortisation der Anleihe, und es wurde erklärt, daß die Anleihe eine Laufzeit von 25 bis 30 Jahren haben solle. Die Amortisationsquote würde ungefähr 3 Proz. betragen. Deutschland wünscht, in den ersten zwei oder drei Jahren zu der Amortisation nicht beitragen zu sollen. Besondere wirtschaftliche Vorteile würde diese Anleihe im Innern Deutschlands nicht hervorrufen, da ihre Ergebnisse automatisch der Reparationskommission an den Fälligkeitsterminen für Reparationszahlungen übermittelt werden sollen. Derselbe Korrespondent meldet, daß Hugo Stinnes gestern in der Versammlung der Volkspartei Zweifel über diese Kreditpläne zum Ausdruck brachte.

Wirth lebt noch.

Wie lange?

Während des ganzen gestrigen Tages haben Verhandlungen über die Reichsregierung stattgefunden. Die „Deutsche Zeitung" behauptet, das Geschäft sei abgeschlossen, der Bund mit der Deutschen Volkspartei sei fertig, die Steine des Anstoßes lägen im Graben oder dicht dabei, u. a. auch Wirth. Das Zentrum habe Wirth fallen gelassen, weil der Eintritt der Deutschen Volkspartei ihnen wichtiger erscheine als die Kanzlerschaft Wirths. Es könne sein, daß Wirth vielleicht als Finanzminister im Kabinett bleibe. (!) Die Sozialdemokratie beklagt sich über die unsichere schwankende Haltung der übrigen Koalitionsparteien, aber auch sie scheint so stark am Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung interessiert zu sein, daß sie ihre Drohungen, in die Opposition zurückzutreten, nicht mehr aufrecht erhält. Plötzlich erscheint die Steuerfrage, deren Erledigung im Sinne der Großindustrie nach Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung unumstößlich ist, dieser Arbeiterpartei nicht mehr entscheidend für ihre Stellung zur Kabinettsbildung.

Die Demokraten bleiben ihrer Tradition treu. Sie wollen offiziell gar nichts. Hinten herum aber wird sehr geschoben. Die „Demokratische Korrespondenz" teilt mit: „Die Demokratische Fraktion geht nicht auf den Sturz Wirths und seines Kabinetts aus, womit freilich nicht gesagt sein soll, daß sie seinen Rücktritt des leitenden Staatsmannes direkt zu verhindern bestrebt ist." Es ist unnütz, ein Wort über diese Partei des ängstlichen Hin und Her und der politischen Schiebung zu verlieren.

Das Zentrum ist in sich nicht ganz einig. Der großindustrielle Flügel unter Marx und Klöckner ist gegen Wirth, die Zentrums-Parlamentskorrespondenz für ihn, ebenso ein Teil der Zentrumsfraktion, vor allem die Zentrumsarbeiter. Der biedere Stegerwald läßt durch sein Skribenten erklären, das eigentliche Problem sei die Herstellung der großen Koalition. Wenn das Kabinett Wirth keine sichere Basis für das Zustandekommen einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei abgebe, so müsse es fallen.

Das Ganze: parlamentarische Komödie!

Erst Montag Reichstagszusammentritt.

Der Aeltestenrat des Reichstages wurde um 11 Uhr zusamenberufen. Reichstagspräsident Loebe gab die kurze Erklärung ab, daß die Regierung heute und Sonnabend nicht in der Lage ist, eine Erklärung über die oberschlesische Note abzugeben. Voraussichtlich wird der Reichstag erst am Montag zusammentreten und die Stellung der Regierung zur oberschlesischen Note erfahren.

Es besteht die Möglichkeit, daß die Regierung vor Zusammentritt des Reichstags wegen der oberschlesischen Note demissioniert.

Siposchutz für Hakenkreuzler.

Halle, 18. Oktober.

Heute abend fand in Halle ein großer deutschnationaler Fackelzug mit schwarz-weiß-roten Fahnen unter Vorantragen von Hakenkreuzen statt. Die Demonstration stand unter dem Schutz der Sipo. Die Arbeiterschaft verhält sich abwartend.

Von der Sipo des Herrn Dominicus ist nichts anderes zu erwarten. Herr Dominicus, der Konjunkturdemokrat, hat die vollkommene Militarisierung der Schutzpolizei geduldet. Es ist zu verstehen, daß Herr Dominicus deutschnationale Demonstrationen durch Sipo schützen läßt. Ist doch dieser preußische Innenminister enger mit dem deutschnationaler Landtagsabgeordneten von Oeyander verbunden als es das Interesse selbst der bürgerlichen Demokratie erlaubt.

Die Berliner Polizei dringt in die Zentrale der KPD. ein.

Berlin, 21. Oktober.

Heute vormittag erschienen 50 Mann von der Abteilung Ia des Polizeipräsidiums in den Räumen der Zentrale unserer Partei.

Sie besetzten das Haus und suchten nach Stempeln, Pässen und anderen Papieren.

Im Anmelderaum haben die Agenten der Polizei plötzlich ein Paket gefunden, das eine Anzahl Paßformulare enthielt. Es ist nach Aussage der dort tätigen Genossen zweifellos, daß dieses Paket von den Polizeiagenten selber mitgebracht worden ist.

Die Geschäftsräume der Partei wurden durchsucht. Vergeblich! Es wurde nichts gefunden. Die Zimmer der Abgeordneten wurden erbrochen; ihre Schränke durchsucht.

Der Polizeipräsident Richter hat sich für diese Maßnahmen auf eine Anordnung seines Vorgesetzten, des Ministers des Innern, Herrn Dominicus, berufen.

Auf den Protest unserer Abgeordneten hin wurde die Untersuchung unterbrochen; bis zum Ergebnis der Verhandlungen mit Herrn Dominicus, womit die Abgeordneten Maltzahn und Dr. Meyer beauftragt wurden.

Wie wir kurz vor Redaktionsschluß erfahren, hat der Orgeschprotektor Dominicus, der in der preußischen Republik den Innenminister spielen darf, seinen Polizeispitzeln den Auftrag gegeben, die Untersuchung weiter zu führen und sie auch auf die Zimmer der Abgeordneten zu erstrecken.

Hörsing ist reaktionärer als das Oberverwaltungsgericht.

(EU.) Halle, 20. Oktober.

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen erließ bald nach dem letzten kommunistischen Putsch eine Verordnung, nach der alle Amtsvorsteher, die sich offen zur kommunistischen Partei bekennen, auf dem Disziplinarwege ihres Amtes zu entsetzen sind. Unter den enthobenen Amtsvorstehern befand sich auch Bürgermeister Heinrich Fleer in Helbra (Mansfelder Seekreis). Der dortige Kreisausschuß erkannte die Amtsentsetzung an. Fleer focht dieses Urteil beim Oberverwaltungsgericht an. Nach eingehender Verhandlung wurde der Entscheid des Kreisausschusses des Mansfelder Seekreises aufgehoben.

Die Verordnung gegen den kommunistischen Amtsvorsteher war von Hörsing erlassen worden, der es vorzog, die Republik von den kommunistischen Splittern und nicht von den reaktionären Vollen zu befreien. Jetzt desavouiert selbst das Oberverwaltungsgericht den allzu eifrigen Hörsing und seine Trabanten. Es geht wirklich nichts über eine gewisse Sorte von SPD.-Führern.

Die Regierung gegen Novemberfeiern.

Die USP. hatte in Sachsen beantragt, dem Landtage ein Gesetz vorzulegen, durch das der 1. Mai und der 9. November als gesetzliche Feiertage anerkannt werden sollen. Die sächsische Regierung wandte sich darauf an die Reichsregierung, die im vergangenen Jahre auf dem Wege der Verordnung den 9. November als dienstfrei für staatliche Beamte bestimmt hatte. Die Reichsregierung hat nun geantwortet, daß sie von einer gleichen Verordnung diesmal Abstand nehmen wolle.

Die Arbeiterschaft wird selbstverständlich den Jahrestag der Revolution auch gegen den Willen der Regierung zu Kundgebungen gegen die Reaktion und Konterrevolution ausnutzen.

Gewerkschaftliches.

Gegen den Kartoffelwucher.

Aufruf.

An alle dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und der Afa angeschlossenen gewerkschaftlichen Organisationen, an die Zentrale der sozialistischen Parteien und an alle Vertreter des Proletariats in Reich, Staat, Gemeinde und in den Provinzialkörperschaften!

Arbeiter! Genossen!

Alle bisherigen Verhandlungen mit den berufenen Vertretungen der deutschen Landwirtschaft zur Herbeiführung einer Belieferung der Industriegemeinden mit Kartoffeln zu Preisen, die den Produktionskosten entsprechen, haben mit einem negativen Ergebnis geendet. Die deutschen Landwirte verweigern mit der größten Geschlossenheit jedes Entgegenkommen gegenüber den Verbrauchern, sowohl hinsichtlich der Belieferung als der Preise.

Die gegenwärtig geforderten Preise sind für die deutschen Lohn-, Gehalts- und Rentenempfänger unerschwinglich hohe, die Ernährung der großen Mehrheit des Volkes ist gefährdet.

Die Erbitterung unter den Massen nimmt in bedenkenerregender Weise zu. Daher sind alle Organisationen und öffentlichen Vertretungskörperschaften verpflichtet, sich sofort mit dieser Lebensfrage des deutschen Volkes zu beschäftigen.

Die Reichsregierung muß veranlaßt werden, sofort Maßnahmen zu ergreifen, um den durch nichts gerechtfertigten Bestrebungen der deutschen Landwirte auf Ausbeutung der überaus großen Mehrheit des Volkes in wirkungsvoller Weise Einhalt zu gebieten. Die vorgeschrittene Jahreszeit erfordert schnellstes Handeln im Sinne dieser Forderung!

Der unterzeichnete Ortsausschuß richtet an alle Ortsausschüsse des ADGB. und der Afa, weiter an alle Arbeitervertreter in den Provinzialvertretungen (Bezirksräte usw.), in allen Gemeindevertretungen, in allen Landtagen und im Reichstag, sowie an die Zentrale der politischen Parteien und an die Gewerkschaften das Ersuchen, den Forderungen der Lohn-, Gehalts- und Rentenempfänger Geltung zu verschaffen.

Der unterzeichnete Ortsausschuß ersucht alle sozialistischen Parteiblätter, diesen Aufruf abzudrucken und weiter die öffentliche Meinung auf die drohenden Gefahren aufmerksam zu machen.

Sollte durch die passive Haltung der Reichsregierung, der öffentlichen Körperschaften und das Verhalten der deutschen Landwirtschaft, durch die fast tägliche Verteuerung aller notwendigen Lebens- und Bedarfsartikel die allgemeine Not sich derart steigern, daß die Arbeiterschaft zur Selbsthilfe schreitet, müssen die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterschaft jede Verantwortung dafür ablehnen.

Der Ortsausschuß Gera
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Fort mit dem Achtstundentag!

Die Wünsche der Arbeitgeber.

Die Vereinigung der Arbeitgeberverbände veranstaltete eine Pressekonferenz, um so die bürgerliche Presse über die Absichten der Kapitalisten zu instruieren.

Was wollen die Arbeitgeber? Der Vorsitzende Dr. Sorge erklärt, daß eine „ethische Gesundung" des Volkes notwendig sei. Worin besteht aber diese ethische Gesundung?

Das erläuterten die nächsten Redner. Die bisherige Sozialpolitik führe zur Zwangswirtschaft. Die Sozialpolitik (d. h. die paar Maßnahmen, die den Arbeiter noch gegen die Ausbeutungsgelüste der Kapitalisten schützen), dürfte nicht zum Schutze der einen Schicht (lies: der bösen Arbeiter) zum Unrecht gegen andere Schichten (lies: die armen Kapitalisten) werden. Das ist deutlich. Noch deutlicher heißt es weiter: Die Sozialpolitik des Staates müsse durch die freie Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ersetzt werden, d. h. der Arbeiter soll allen Angriffen der Unternehmer ausgeliefert werden.

Weiter erzählte ein Herr, daß vor allem der Achtstundentag und die Erwerbslosenfürsorge die jetzige Höhe der Lohnpolitik veranlaßt haben.

Das also wollen die Arbeitgeber: Aufhebung aller sozialpolitischen Maßnahmen, Aufhebung des Achtstundentages, der Erwerbslosenunterstützung!

Soll es ihnen gelingen?

Zum Kampf im Buchdruckgewerbe.

Betriebsversammlung der Belegschaft Mosse.

Berlin, 21. Oktober.

Heute vormittag nahm die Belegschaft der Firma Mosse Stellung zu dem Vorschlag des Reichsarbeitsministers. Einmütig kam zum Ausdruck, daß dieser Vorschlag, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen, nicht angenommen werden könne. Mindestens müsse Mosse die strittige Zulage anerkennen.

Die Versammlung nahm gegen nur zwei Stimmen folgende Resolution an:

„Die heutige, am 21. Oktober, abgehaltene Betriebsversammlung kann das Angebot des Reichsarbeitsministers, die Arbeit unter Vorbehalt aufzunehmen, nicht annehmen. Sie beschließt aus sachlichen Gründen und gestützt auf das Vertrauen der gesamten Kollegenschaft im Buchdruckgewerbe im Kampfe auszuharren, bis ihren gerechten Forderungen Genüge geschehen ist."

Wenn die Unternehmer nicht noch in letzter Stunde nachgeben, ist der allgemeine Kampf im graphischen Gewerbe unvermeidlich.

Preußischer Landtag.

In der Donnerstagsitzung des Preußischen Landtages wird die Aussprache über die Kartoffelnot fortgesetzt. Abgeordneter Pischke (DVP.): Die Mißernte, von der oft gesprochen wird, ist nicht allgemein. Der landwirtschaftliche Ausschuß der Deutschen Volkspartei hat festgestellt, daß die Landwirtschaft an der wucherischen Preisbildung keinen Anteil hat. Die Anbaufläche für Kartoffeln muß vergrößert werden. Wir fordern eine strenge Grenzkontrolle, damit die deutschen Kartoffeln nicht infolge der Valutaspannung ins Ausland verschoben werden. Die Wucherbestimmungen müssen rücksichtslos angewandt werden.

Ein Vertreter des Landwirtschaftsministeriums: Die Staatsregierung ist bereit, die hier gemachten Vorschläge und Anregungen zwecks Abhilfe der Kartoffelnot eingehend mit den zuständigen Stellen zu prüfen. Die gesetzlichen Bestimmungen gegen Preistreiberei und Wucher müssen unter allen Umständen zur Anwendung kommen. Der Innenminister hat deshalb angeordnet, daß nicht nur die Wucherstellen, sondern auch die gesamte Polizei in den Dienst dieser Sache gestellt wird. Eine Strafverfolgung der landwirtschaftlichen Erzeuger allein kann aber zu einer Besserung nicht führen. In einer Konferenz der Regierungspräsidenten wurde übereinstimmend zum Ausdruck gebracht, daß die Aufkäufer in den meisten Fällen die Schuldigen an den hohen Preisen sind. Insbesondere scheinen die als Vertreter der Verbraucherorganisationen der Industriebetriebe angestellten Aufkäufer auf die Preise verheerend zu wirken. In Ostpreußen sind in ganz kurzer Zeit dadurch die Kartoffelpreise von 35 Mark auf 50 Mark gestiegen. Die Kartoffelernte kann im großen und ganzen nicht als ungünstig bezeichnet werden.

Abgeordneter Brandenburg (Soz.): Viele Landwirte liefern jetzt überhaupt keine Kartoffeln, sondern halten sie in gewinnsüchtiger Absicht bis zum Frühjahr zurück. Die „Altmärkische Tageszeitung", ein offizielles Organ der Deutschnationalen in Stendal, spricht offen aus, daß die Landwirte bei festgesetzten Preisen auch die Lieferung verweigern. Wie stimmt das Gerede von der Opferwilligkeit der deutschnationalen Landwirte mit der Tatsache überein, daß im Kreise Salzwedel von 50 Landwirten und Viehhändlern 2 125 000 Mark hinterzogener Steuern eingezogen werden konnten, und daß davon 30 Landwirte deutschnationale Parteimitglieder und 5 deutschnationale Kreismitglieder waren. Die Massen wissen, was sie von der Antwort der Regierung zu halten haben.

Abg. Jürgensen (USPD.): Den Deutschnationalen ist es mit ihren Reden für das Einschreiten gegen die Preistreiberei nicht recht ernst. Die Regierungserklärung ist vollkommen unzulänglich. Wir verlangen eine Regelung der Preise, vor allen Dingen ein erhebliches Senken der Kartoffelpreise oder eine Erhöhung der Löhne.

Abg. Frau Dr. Dönhoff (Dem.) spricht gegen eine Wiedereinführung der Zwangswirtschaft. Gegenüber den Aufkäufen müßte das Publikum zur Selbsthilfe schreiten und die Polizei in der Bekämpfung der Wucherer unterstützen.

Genosse Kilian: Nur die schärfsten Maßnahmen unter Mitwirkung der Arbeiterschaft können eine Abhilfe in der Kartoffelnot schaffen. Bei der Aufhebung der Zwangswirtschaft sind von den Landwirten große Versprechungen gemacht worden, die in keiner Weise erfüllt werden. Die Befürchtungen der Linksparteien haben sich voll und ganz bestätigt. Es ist notwendig, daß die Verwendung von Kartoffeln zur Herstellung von Alkohol unterbunden wird. In dieser Hinsicht könnte man sich das soviel geschmähte Sowjetrußland zum Vorbild nehmen. Die Preissteigerungen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind ungeheuerlich und absolut unberechtigt. Die Butterpreise sind zum Beispiel in einer Woche um 6 Mark für das Pfund gestiegen. Von einer Not der Landwirtschaft kann nur insofern eine Rede sein, als die Großagrarier nicht wissen, wo sie mit ihrem vielen Geld hin sollen.

Abgeordneter Held (DVP.) leugnet das Vorhandensein einer großen Kartoffelnot. Man sollte nicht unbegründete Unruhe unter die Bevölkerung tragen. Konsumenten und Produzenten müssen eben zur Schaffung niedriger Preise zusammenarbeiten. (Unruhe links.)

Darauf wird die Sitzung vertagt. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. Anträge zu dem Oppauer Unglück. Kleine Anfragen, Rest von heute, Forstetat.

Großer Lärm in der Freitagssitzung.

Der Genosse Katz bittet vor Eintritt in die Tagesordnung der Freitagssitzung des Preußischen Landtags ums Wort zur Geschäftsordnung. Der Präsident Leinert erteilt ihm trotz Protest das Wort nicht, sondern gibt das Wort dem Ministerpräsidenten Stegerwald zu einer Erklärung zu der oberschlesischen Frage.

Der Ministerpräsident Stegerwald wird von den Kommunisten und Unabhängigen an seinen Ausführungen gehindert, er spricht trotzdem. Aber man versteht kein Wort infolge des Lärms. Die Bürgerlichen rufen den Kommunisten: „Raus, Ihr Lumpen!" zu. Bürgerliche Abgeordnete versuchen gegen die Kommunisten tätlich vorzugehen. Der Abg. Rabold (USP.) ruft: „Ueber die oberschlesische Frage hat der Reichstag zu sprechen!" Nachdem der Ministerpräsident Stegerwald unter Beifall der Bürgerlichen geendet hat, erhält zur Geschäftsordnung der Abg. Herold (Zentr.) das Wort. Er erklärt: Mit Rücksicht auf die Bedeutung der Beschlüsse über Oberschlesien beantrage ich die Sitzung zu vertagen.

Der Genosse Katz erklärt zur Geschäftsordnung: „In der heutigen Aeltestenratssitzung wurde unser Vertreter, der Abgeordnete Dr. Meyer, plötzlich abgerufen, da in unserem Büro in der Rosenthaler Straße die Polizei eine Haussuchung abhielt und dabei in die Räume der Abgeordneten eingedrungen war. Die kommunistische Fraktion beauftragte mich, dem Abgeordneten Dr. Meyer, in der Aeltestenratssitzung zu vertreten. Der Präsident Leinert verhinderte mich daran, er hat es abgelehnt, die Rechte der Immunität der Abgeordneten zu schützen, nachdem der Abgeordnete Neumann ihn telephonisch angerufen hatte, um die Immunität der Abgeordneten, die durch die Vorgänge in der Rosenthaler Straße bedroht wird, zu schützen.

Abgeordneter Braun (Soz.): Die bedauerlichen Szenen, die sich hier abgespielt haben, hätten vermieden werden können, wenn man unserem Vorschlag gefolgt wäre.

Präsident Leinert: Der Abgeordnete Katz hat erklärt, ich hätte mich geweigert, die Immunität der Abgeordneten zu schützen. Ich habe dem Abgeordneten Neumann, der bei mir angerufen hat, erklärt, er solle sich an den Minister des Innern wenden. Daß der Abg. Katz nicht zu der Sitzung im Aeltestenrat zugelassen wurde, ist ein Beschluß des Aeltestenrats; der Abg. Katz hätte die besonderen Gründe dafür darlegen können, das hat er nicht getan. (Gen. Katz ruft: „Habe ich getan!")

Abg. Leid (USPD.) protestiert dagegen, daß die Preußische Regierung der Reichsregierung in der oberschlesischen Frage vorgreift. Die Preußische Regierung hat sich ins Schlepptau der Deutschnationalen begeben.

Gen. Katz: Ich rufe sämtliche Mitglieder des Aeltestenrats als Zeugen auf, daß ich erklärt habe, daß es sich um einen Ausnahmefall handelt. Der Präsident versucht, dem zu widersprechen, muß aber doch zugeben, daß eine solche Erklärung von dem Genossen Katz abgegeben worden ist; er sagt, sie wäre „zu spät gekommen".

Gen. Dr. Meyer (zur Geschäftsordnung): Man hat früher schon einmal verhindert, daß das Haus zur oberschlesischen Frage Stellung nimmt. Ich finde es unerhört, daß ein Mitglied des Zentrums sich dazu hergibt, um dadurch zwangsweise diese Szenen, wie wir sie hier erlebt haben, herbeizuführen.

Präsident Leinert schlägt vor, die nächste Sitzung am 3. November, 1 Uhr, stattfinden zu lassen. Besprechung der Erklärung des Ministerpräsidenten. (Lachen links.)

Genosse Dr. Meyer schlägt vor, die nächste Sitzung heute nachmittag um 3 Uhr, oder falls dies abgelehnt wird, morgen um 11 Uhr stattfinden zu lassen. Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien abgelehnt. Schluß 12½ Uhr.

Sklavenhatz.

Von Upton Sinclair.

(Aus dem Roman „Manassas".)

3] Deutsch von Harmonia Zur Mühlen.

Er strebte dem Tor zu, stieß mit rohen Tritten die Hunde beiseite. Rief dann: „Er hat zugeschlossen. Holt eine Eisenstange."

Ein Neger brachte eine Eisenstange. Henderson ergriff sie, stürzte abermals auf das Tor zu. In diesem Augenblick jedoch sprang eine Gestalt vor, stellte sich zwischen ihn und das Tor.

„Halt!" rief eine Stimme. „Halt!"

Henderson wich verblüfft zurück. „Was bedeutet das?"

„Sie dürfen das Tor nicht einbrechen. Das ist alles," sagte Allan.

Hendersons Gesicht verzerrte sich. Er riß eine Pistole aus dem Gürtel, einen Augenblick starrten die beiden Männer einander an. „Es wäre besser, wenn Sie nicht auf mich schössen, Henderson," sprach Allan gelassen.

Henderson schien erst jetzt zu sehen, wer ihm gegenüber stand. „Was wollen Sie damit sagen?" stammelte er.

„Das, was ich sagte: ich gestatte nicht, daß Sie in unseren Stall einbrechen."

„Ich will meinen Neger!" brüllte Henderson.

„Ihr Neger ist nicht drin."

„Wie, er ist nicht drin?"

„Nein! Ihre Meute hat einen von unseren Stallburschen verfolgt. Ich versuche schon seit einiger Zeit vergeblich die Hunde fortzutreiben."

„Was soll das heißen?" brüllte eine aufgeregte Stimme, und ein kleiner, rattengesichtiger Irländer pflanzte sich vor Allan auf. „Ich heiße Murray," rief er, „die Hunde gehören mir. Sie wollen behaupten, die Hunde hätten den falschen Mann gehetzt! Ich besitze die Hunde seit sechs Jahren, lasse mir nicht von irgendeinem Narren etwas weismachen."

„Sie scheinen nicht zu wissen, mit wem Sie sprechen," bemerkte Allan kalt. Die Verfolger umdrängten ihn, starrten ihn verblüfft an.

„Es wird gut sein, wenn Sie mich recht verstehen," fuhr Allan entschlossen fort. „In der Abwesenheit meines Vaters und Onkels beaufsichtige ich die Plantage und ich sage Ihnen, daß ich nicht gestatte, daß Sie in unseren Stall einbrechen. Es sind wertvolle Pferde drin, die nicht erschreckt werden dürfen. Ich weiß genau, wer sich in meinem Stall befindet. Rufen Sie die Hunde ab, dann werde ich das Tor öffnen lassen."

„Ich kann die Bluthunde nicht abrufen," entgegnete Murray. „Sie gehören nicht mir."

„Dann," sagte Allan, der dies genau gewußt hatte, „müssen Sie eben warten, bis mein Vater oder Herr Hamilton Montague heimkommen."

„Wann wird das sein?" fragte Henderson.

„Ich weiß es nicht. Sie sind ausgezogen, um Ihnen zu helfen."

Die Verfolger traten etliche Schritte zurück, berieten sich flüsternd. „Wir werden hier warten, den Stall beobachten," verkündete schließlich Henderson.

Allan betrachtete ihn nicht. Niemand hätte ihm anzusehen vermocht, daß er völlig verzweifelt war, bloß blindlings versucht, das Ende hinauszuschieben. Es konnte sich nur mehr um Minuten handeln.

„Haben Sie bestimmt gesehen, daß es einer Ihrer Stallburschen war?" fragte Henderson nach einer Weile.

„Ja, ich sah es ganz genau," entgegnete Allan.

„Ich weiß nicht, was die ganze Sache bedeuten soll!" rief Henderson und fügte einen Fluch hinzu. „Es wäre zu arg, verlören wir jetzt noch den Kerl."

Allan schwieg; plötzlich durchzuckte ein tollkühner Gedanke seinen Kopf. Er wandte sich an Henderson: „Wenn Sie wollen, werde ich in den Stall gehen und selbst nachsehen."

„Das wäre gut."

Allan blickt um sich, sah in der Schar der ihn umdrängenden Neger Perikles, den Kammerdiener. „Perikles!" rief er. „Komm her!"

Ein stattlicher, würdiger alter Neger trat vor. Allan zog einen seiner Revolver aus dem Gürtel, gab ihn dem Neger. „Stehe hier, vor der Stalltür. Niemand darf in die Nähe kommen. Verstanden!"

„Ich lasse keine schäbigen Weißen unsere Stalltür erbrechen," erwiderte Perikles grimmig.

Allan wandte sich um, strebte in die Dunkelheit, begann wie toll zu laufen, bis er die Hütte erreichte, wo Taylor Tibbs, der Kutscher, wohnte. Er betrat die Stube, fand Tibbs angstbebend, mit grauem Gesicht vor. „Herr Allan . . ." stammelte der Kutscher.

„Hör mich an. Rasch. Ich will den Mulatten retten."

„Herr Allan . . ."

„Weißt du, wo er versteckt ist?" Allans Worte überhasteten einander.

„Ja, Herr Allan!"

„Komm mit mir, und tu, was ich dir sage."

Er rannte zurück, gefolgt von Tibbs. An der Stalltür machte er halt. „Ich nehme unseren Kutscher mit hinein."

Sie begaben sich an die Hinterseite des Stalles. Henderson und die anderen folgten ihnen. Auf der Erde lagen etliche Leitern. „Vorwärts Tibbs," gebot Allan. „Steige durchs Fenster."

Der erschrockene Tibbs tat es, und Allan folgte seinem Beispiel.

„Wo ist er?" flüsterte Allan, sobald sie sich im dunklen Stall befanden.

„Im Haferkasten."

Sie tasteten sich hin, fanden den Flüchtling jedoch nicht.

„Rufe ihn, Tibbs, mach ihm klar, worum es sich handelt."

Tibbs begann zu rufen, endlich krachte irgendwo etwas, und eine heisere Stimme fragte: „Was?"

„Wir wollen dir helfen, nicht schießen, Joe, nicht schießen!" Tibbs Stimme zitterte vor Angst.

„Er soll seine Schuhe ausziehen," flüsterte Allan, gab dem erstaunten Kutscher die eigenen Schuhe, zog selbst die schweren, feuchten, kotigen „Neger-Schuhe" an und erklärte Tibbs seinen Plan. Tibbs war verblüfft, endlich begriff er, stammelte: „Herrlich, herrlich, Herr Allan."

Die beiden kletterten die Leiter hinab. Henderson hielt die Laterne hoch, um sich zu überzeugen, daß der Schwarze wirklich Tibbs sei. Beim Abspringen von der Leiter warf Tibbs diese um, rief: „Vorsicht!" Henderson trat hastig zurück und Allan konnte herabspringen, ohne daß seine schweren Schuhe bemerkt wurden. „Es tut mir leid," sagte er zu Henderson. „Wenn der Stallbursche noch drin ist, so hat er derart Angst, daß er sich nicht zu zeigen wagt. Wir haben niemanden gefunden. Sie werden warten müssen, bis mein Vater kommt."

Henderson wandte sich mit einem Fluch ab. Allan verharrte reglos in der Dunkelheit. Sein Herz pochte heftig, er vermochte sich vor Aufregung kaum auf den Füßen zu halten. Dann strebte er langsam den Negervierteln zu. Sobald er sicher war, von niemandem gesehen zu werden, begann er zu laufen. Rannte durch den Park, sprang über eine Mauer, lief über ein junges Weizenfeld. Die schweren Schuhe schmerzten ihn, dennoch raste er weiter, wie ein Wahnsinniger. Welche Erleichterung war es doch, endlich etwas zu tun.

(Fortsetzung folgt.)

Anzug — Kostümstoffe — Mantel

Streng reelle Bedienung — Große Auswahl

Neu eingetroffen:

Große Posten Damen-Mantelstoffe

Es ist erwiesen, daß die Preise rapide steigen. Die unabsehbar enorm große Preissteigerung empfiehlt den schnellsten Einkauf.
Durch günstigen Einkauf bin ich in der Lage, zu meinen bekannt billigen Preisen zu verkaufen.

Anzug-, Raglan- und Paletotstoffe

in großer Auswahl.

Tuchgroßhandlung und Ausschnitt **THEODOR ANGRESS** Körner-Straße 6-8 **Breslau 13**

Muster werden nicht versandt. Verkaufszeit vorm. 8–7 Uhr nachm.

DAMEN-HÜTE

FILZ ** VELOUR

SAMMET

in größter Auswahl zu mäßigen Preisen.

M. TICHAUER
REUSCHESTRASSE 47–48

Nur kurze Zeit!

Circus Busch

Tägl. 7½ Uhr, Sonntag auch 3 Uhr

Der Sonntag!

1 Kind frei nachm. 3 Uhr

„Ueber'n großen Teich"

Das imposante Lustspiel

Wild-West = Neger = Indianer

Vorverkauf:
Barasch und Circuskasse

Private und Händler

finden

Gelegenheitsposten

Tuche, Stoffe, Reste

nur

Breitestraße 10|11 • Zühlke.

Warum
lassen Sie Ihre entbehrlichen Kleidungsstücke
den Motten zum Opfer
fallen? Schneiden Sie sich dieses Inserat aus!

Ich kaufe laufend
neue und getragene
Jacketanzüge
Brautanzüge
einzelne Jacketts
Hosen, Westen
Winterüberzieher
Militärsachen
Schuhe, Stiefel

Hadamek
Brandenburger Str. 9

Die besten u. billigsten Anzüge
vollständig-außer Konkurrenz
Zwischenhandel ausgeschlossen, da Selbstherstellung, bekommen Sie nur
Nikolaistr. 48 am Königsplatz
im neu eröffneten Herren-Bekleidungs-Haus
Große Auswahl in fertigen, modernen Anzügen.
Inhaber: Hermann Partetzke

Inserate in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung" bringen Erfolg!

Lebensmittel-Großhandlung

Max Schönfelder

Breslau, Albrechtstraße 56.

Zu zeitgemäß sehr niedrigen Preisen biete ich aus meinen Beständen, solange die Vorräte reichen, u. a. noch folgendes an:

Knochenloses Rind- und Schweinefleisch gemischt
per 2 Pfd.-Dose Mk. 15,50 — bei 5 Dosen Mk. 15,25 — bei 10 Dosen Mk. 15,00 die Dose

Knochenloses Büchsenfleisch, die 6 Pfund-Dose . . . . . Mark 40.—
Leberwurst in 4 Pfund-Dosen, die ganze 4 Pfund-Dose . . . Mark 13,75
Blutwurst in 4 Pfund-Dosen, die ganze 4 Pfund-Dose . . . . Mark 13,75
Ia Delikateß-Rückenspeck, per Pfund . . . . . Mark 19,—
Rindertalg, hervorragende Qualität, per Pfund . . . . . Mark 16,—
Margarine, anerkannt feinste Marken, per Pfund Mark 14.—, 15,—, 16,—

Zuckersüße Pflaumen, tiefschwarz,

bei 1 Pfund Mk. 8.— — 5 Pfund Mk. 7,90 — 10 Pfund Mk. 7,80 — 50 Pfund Mk. 7,50

Vorstehend angebotene Pflaumen sind kalif. Herkunft und würden, heute bezogen, ganz wesentlich mehr kosten. — Ich rate zu schnellen und reichlichen Einkäufen.

Melangeobst, gute Mischung, per Pfund . . . . . Mark 8,—
Ia Rosinen, per Pfund . . . . . Mark 18.—
Korinthen, per Pfund . . . . . Mark 13.—

Heute empfing ich wieder einen großen Posten
Melange-Marmelade, per Pfund Mark 3,80,
in der bisher von mir geführten guten Qualität, mit 50 Prozent reiner Raffinade eingekocht. In Gebinden von netto 50 Pfund, das Pfund Mark 3,60.

Ia Weizenmehl

Die Preise gehen sprunghaft in die Höhe. Ich verkaufe heute noch wie folgt:

bei 1 Pfund Mk. 3,70 — 10 Pfund Mk. 3,65 — 100 Pfund Mk. 3,62 — 200 Pfund Mk. 3,60

Wiener Grieß, beste Qualität, per Pfund . . . . . Mark 4,40
Feinste geschliffene Graupen, per Pfund . . Mark 3,70, 3,80 und 4,30
Haferflocken, per Pfund . . . . . Mark 4,—
Goldhirse, per Pfund . . . . . Mark 3,50
Ia Linsen, neue fleischige Ware, per Pfund . . . . . Mark 8,—
Speisebohnen, per Pfund . . . . . Mark 3,50
Erbsen, ungeschält, extra groß, verlesene, per Pfund . . . . Mark 4,—
Erbsen, halbe, geschälte, per Pfund . . . . . Mark 3,60
Bruchreis, per Pfund . . . . . Mark 3,50
Ia Tafelreis, per Pfund . . . . . Mark 4,30
Arracan-Reis, per Pfund . . . . . Mark 5,20
Feinster Patna-Reis, zu Speisen und Suppen, per Pfund . . . Mark 5,80
Maccaroni, beste deutsche Ware, per Pfund . . . . . Mark 8,50
Hausmachernudeln, per Pfund . . . . . Mark 7,80
Bruchnudeln, per Pfund . . . . . Mark 6,80
Sardinen, in besten Olivenöl, allerfeinste Qualitäten
per Dose . . . . . Mark 5,75, 6,25, 7,40 und 9,50
Ia Seife, per Riegel, 250 Gramm . . . . . Mark 3,80
Ozean-Seife, feinste Toilettenseife, per Stück . . . . . Mark 3,50
Karton mit 3 Stück Mark 10,50, mit 12 Stück Mark 39,50
Thorner Katharinchen, per Pack . . . Mark 2,50, 3 Pack Mark 7,—

Verkauf und Versand nur Albrecht-Straße 56

Ich unterhalte keine Filialen.

Teppiche

Teppiche	Bettdecken	Läuferstoffe	Vorleger
175.-, 350.-, 450.-	60.-, 175.-, 350.-	18.-, 55.-, 130.-	21.-, 75.-, 120.-

Gardinen

Einzelfenster-Gardinen	Bettdecken	Stores	Möbelstoffe
95.-, 250.-, 425.-	50.-, 135.-, 225.-	52.-, 160.-, 250.-	48.-, 70.-, 120.-

Lagerbesuch lohnend. **Kein Kaufzwang.**

Riesen-Auswahl

Joseph Spanier & Sohn

Seit 1890 nur

Ohlauerstr. 45

Ecke Stadtgraben.

Breslauer Nachrichten.

Gegen die Klassenjustiz!

„Die Vertreter der Arbeiterschaft Breslaus traten gestern zu einer kombinierten Sitzung zusammen, um gegen Polizeiwillkür und Klassenjustiz Stellung zu nehmen. Ursache war die grundlose Verhaftung und monatelange Inhaftierung von einigen Angehörigen der KPD., die zurzeit durch Hungerstreik Gerechtigkeit zu erzwingen suchen. Von allen Rednern wurde nach Anhörung einers juristischen Gutachtens die Haltlosigkeit der Anschuldigung festgestellt und damit die Inhaftierung, die von dem Breslauer Untersuchungsrichter des Reichsgerichts als unnötig anerkannt worden ist, als **Klassenjustiz** gekennzeichnet, gegen die die gesamte Arbeiterschaft ohne Unterschied der Partei ankämpfen muß. Einstimmig wurde eine Kommission gewählt, die in Berlin beim preußischen Justizministerium und den anderen maßgebenden Stellen vorstellig werden soll. Das Ergebnis dieser Verhandlungen wird Beratungsgegenstand einer demnächst stattfindenden **Funktionärversammlung** sämtlicher Arbeiterorganisationen sein, der die **weitere Beschlußfassung** vorbehalten bleibt. Die Vertreter der Parteien erklärten sich **mit den Verhafteten, die in den Gefängnissen Breslau, Görlitz, Schweidnitz schmachten, solidarisch** und gaben damit ihren unzweideutigen Willen kund, gemeinsam die Justizschmach zu bekämpfen. Darüber hinaus gaben die anwesenden Vertreter der Organisationen zu erkennen, daß sie gewillt sind, auch in anderen Fragen gemeinsam vorzugehen, so daß der verheerenden Wirkung der Arbeiterzersplitterung in Zukunft Abbruch geschehen dürfte.“

Die Vertreter der Arbeiterparteien haben sich durch diesen Aufruf also bereit erklärt, in der Frage der Befreiung der unschuldig sitzenden, unter dem Hungerstreik leidenden Genossen, gemeinsam vorzugehen, und diesem Zustand ein Ende zu machen. Zur Illustration der brutalen weißen Justiz diene folgendes: Gegen die beiden Genossen Strohschneider, die schwindsüchtig, seit 7 Monaten in Schweidnitz sitzen, liegt nach Angabe des Untersuchungsrichters und des Staatsanwalts nicht das geringste vor. Der Justizminister beantragte die Freilassung. Die reaktionäre Schweidnitzer Strafkammer lehnte die Freilassung ab. Ebenfalls bei zwei weiteren Genossen, die beschuldigt werden, ein Eisenbahnattentat verübt zu haben. Zwei Genossen sitzen in Görlitz als Organisatoren einer „Roten Armee.“ Die „Rädelsführer“ läßt der Oberreichsanwalt frei, die „untergeordneten Organe“ behalten die reaktionären Richter in Schweidnitz und Görlitz in Haft. Den Genossen Oelßner, der seit Sonntag, den 16. Oktober, in Hungerstreik ist, läßt man lieber umkommen, während man den Kappverbrechern Obersten Bauer, Oberlt. Pabst freies Geleit zugesteht. Wahrlich genügend Gründe, um die gesamte Arbeiterschaft gegen eine solche Verhöhnung aller „demokratischen Rechtspflege“ aufzurufen.

Der Aufruf, der von Vertretern aller Arbeiterparteien entworfen ist, spricht aus, daß es auch in Zukunft Fragen geben soll, die ein gemeinsames Vorgehen notwendig machen. Gerade in Schlesien gibt es genügend dringende Fragen. Wir erinnern nur an die Frechheit und Brutalität der schlesischen Junker und Reaktionäre. Diese Helden, die das deutsche Volk durch ihre Kriegs- und Wucherpolitik in Not und Elend gebracht haben, benutzen jetzt wieder den oberschlesischen Konflikt, um unter der Maske der Vaterlandsliebe ihre monarchistischen Pläne zu verwirklichen. Sie verseuchen dabei planmäßig die Organe der Republik. Auch wir Kommunisten sind bereit, die Republik, die allerdings den Arbeitern noch lange nicht das bringt, was wir erwarten, gegen die Hochverräter der Monarchisten zu schützen.

Schlesien wird besonders bedroht durch die Kriegstreibereien der Deutschnationalen. Unsere gemeinsame Aufgabe wird es sein, hiergegen Stellung zu nehmen mit aller Entschiedenheit.

Durch die verbrecherische Börsenspekulation der Kapitalisten wird das gesamte deutsche Volk bedroht, in einen Abgrund zu stürzen, in dem alles umkommt. Die Arbeiterparteien und die Gewerkschaften haben zu kämpfen, daß das Proletariat nicht mit in diesen Abgrund stürzt, sondern daß es **vorher** diesem Vabanquespiel ein Ende macht.

Das russische Volk, das nicht nur bedroht wird von den Polen und den Ländern der kleinen Entente, sondern auch von Deutschlands Kapitalisten, steht in schwerster Not. Tausende leiden Hunger. Deutschlands Arbeiter, die mit den russischen als den revolutionären Vorkämpfern besonders in Zukunft zusammenwirken müssen, haben die Verpflichtung, alles zu tun, um Rußland vor dem Untergang zu retten.

Die Arbeiter werden begrüßen, daß bei aller Aufrechterhaltung der Grundsätze mehr als bisher zusammengestanden werden muß, um die Errungenschaften der Arbeiter zu halten und weiter zu treiben.

Eine Demonstration der Kriegsopfer.

Am letzten Sonntag hatten sich etwa 10 000 Kriegsverletzte, Witwen und Waisen eingefunden, um zu demonstrieren gegen die Gleichgültigkeit, gegen die Teilnahmslosigkeit, die der Staat denen gegenüber besitzt, die ihre Gesundheit, ihr Leben zur Erhaltung des Staates eingesetzt haben.

Die Redner des Reichsbundes, die zu der Resolution sprachen und die Resolution selbst ist ein Beispiel dafür, wie der jetzige Zustand nicht beseitigt wird und wie nichts getan wird, um eine endgültige Regelung zu treffen. Dadurch, daß man auf Behörden und Personen schimpft, ist den Kriegsopfern nicht geholfen. Die Kriegsopfer müssen erkennen, daß ihnen wirklich nur geholfen wird, wenn sie sich einstellen auf den Kampf um die Beseitigung dieses Systems, der kapitalistischen Gesellschaft.

Nach der Aussprache wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heut auf dem Palaisplatz versammelten Kriegsopfer stehen einmütig hinter der vollbegründeten Eingabe der fünf Kriegsopferorganisationen an den Deutschen Reichstag, in der gefordert wird:

1. Die Teuerungszulage nach § 87 Absatz 1 des R.-V.-G. von 35 Prozent auf 80 v. H. in Ortsklasse A, 90 v. H. in den Ortsklassen B und C, 100 v. H. in den Ortsklassen D und E zu erhöhen. 2. Abschaffung der im § 28 des R.-V.-G. vorgesehenen Ausgleichszulagen; dafür Erhöhung der nach § 27 zustehenden Grundrenten und Schwerbeschädigtenzulagen um mindestens ein Viertel ihres Betrages. 3. Beseitigung der in den §§ 63 und 64 vorgesehenen Ruhensvorschriften. 4. Die Renten sind ohne ärztliche Untersuchung in demselben Prozentsatz für das neue R.-V.-G. einzuweisen, in welchem sie nach dem alten Gesetz gewährt worden sind. Ferner fordern wir: 5. Die Erhöhung der im § 45 für die Kriegseltern vorgesehenen Einkommensgrenze, die Herabsetzung der Erwerbsunfähigkeitsgrenze von 60 auf 50 Jahre und die Gleichstellung der Kriegerväter und Kriegermütter mit den Bezügen der erwerbsunfähigen kinderlosen Kriegerwitwe. Bekanntlich wird die Kriegerwitwe schon mit 50 Jahren als erwerbsunfähig gezählt. 6. Für die Lazarettinsassen die Erhöhung des Taschengeldes, da sie sonst mit 1,50 Mark pro Tag zugrunde gehen. Ebenso nach sechsmonatlichem Lazarettaufenthalt ein Uebergangsgeld, nicht wie es bisher mit dem Stichtag 1. 12. 1920 war. 7. Heilbehandlung für die Kriegerhinterbliebenen. 8. Für Breslau die sofortige Einsetzung der gewählten Verbindungsperson in der Hinterbliebenenfürsorge. 9. Die sofortige Auszahlung der seit dem 1. Januar 1921 fälligen 10prozentigen Teuerungszulage. 10. Beschleunigung der beim Militärversorgungsgericht schwebenden Rentenverfahren und die Schaffung weiterer Spruchkammern beim M.-V.-G. 11. Aenderung des Verfahrensgesetzes, soweit die Besetzung des Gerichts in Frage kommt. 12. Durchgreifende Mitwirkung aller in Frage kommenden Stellen zur Behebung der Arbeitslosigkeit unter den Kriegsopfern. 13. Sofortige Erhöhung der Zuschüsse für Umschüler, ferner sofortige Arbeitsvermittlung nach Ausbildung derselben, da sonst Umschulung zwecklos. Das Nichtanrechnen der Pflege-, Schwerbeschädigten- und Kinderzulage der Rente der Umschuler auf die ohnehin niedrigen Gebührnisse derselben. 14. Wir protestieren gegen die Auflösung des Reichsbekleidungsamts. 15. Baldige Einberufung des Hauptbeirats der Hauptfürsorge. 16. Wir protestieren gegen die geplante Einengung im Versorgungswesen und die Entlassung von Personal der Versorgungsbehörden.“

Am Schluß der Versammlung formierte sich ein Zug, ein Zug des Elends und der Not. Kriegsblinde mit ihren Hunden. Gelähmte in ihren Wagen. Beinamputierte an Krücken. Den langen Zug der Witwen und Waisen, deren Ernährer den Heldentod gestorben sind für eine Gesellschaft, deren Nutznießer auf der Gartenstraße feingekleidet, fett und brutal, hämisch auf den Elendszug herabsahen und ihre Uebelkeit in einer der Likörstuben hinunterspülten.

Keine Kampfesstimmung, kein Aufbäumen gegen das ungeheure Unrecht, gegen die Vergewaltigung durch die heutige Gesellschaft war im Zug zu merken. In schäbigen Anzügen, in Lumpen gekleidet, barfuß und in Holzpantinen, so zogen sie dahin. Ihre Hoffnung, ihre Wünsche, ihr Kampf, ihre Forderungen waren so klein, so bescheiden und zum Teil so falsch. „Wo bleiben unsere Heimstätten.“ — „Beschleunigt unsere Gesuche.“ — „Heraus mit den Frauen aus dem Postscheckamt“ usw.

Ihr Kriegsopfer! Die kapitalistische Gesellschaft will und kann Euch keine Heimstätten geben, sie will Eure Gesuche nicht beschleunigen, sie wird Euch nichts geben, sie wird Euch verhungern lassen! Die kapitalistische Gesellschaft, die den produktiv tätigen Arbeitern nicht die Existenz ermöglicht, die mit zynischer Offenheit erklärt, daß 20 Millionen Menschen sterben oder auswandern müssen, wird zusehen, wie ihr verreckt.

Diese Gesellschaft, diese Regierung muß zusehen, wie sie an dem Ausverkauf, an dem Wucherspiel der Börse rettet, was zu retten ist, die Kapitalisten müssen Devisen hamstern, um sie mit großem Gewinn und hohen Zinsen dem Reiche zur Verfügung zu stellen. Die kapitalistische Gesellschaft stürzt in den Abgrund.

Ihr Kriegsopfer müßt mit den Arbeitern kämpfen, kämpfen, damit nicht Ihr und alle anderen Ausgebeuteten mit in diesen Abgrund stürzen. Ihr müßt den Kampf des gesamten Proletariats mit aufnehmen, der enden muß mit seinem Sieg. Der bezweckt die Aufrichtung der Macht der Arbeiter, die allen Elenden und Bedrückten das Recht zum Leben garantiert.

Propaganda-Woche für die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ vom 19. bis 26. Oktober.

In der Werbewoche darf keine Propagandagelegenheit für unsere Presse verstreichen, darf kein Genosse untätig sein. Alle Parteigenossen, alle Genossinnen, alle Sympathisierenden, alle Kolporteure, alle Zeitungsausträgerinnen, sie müssen unermüdlich wirken. Keine Gastwirtschaft, in der Arbeiter verkehren, kein Friseurgeschäft ohne „Schlesische Arbeiterzeitung“.

Zehnergruppenführer an die Front! Stellt Eure Gruppe in der Propagandawoche in den Dienst der Presse. **Jeder Kommunist verpflichtet sich, mindestens einen Abonnenten zu gewinnen.** Gewonnene Abonnenten erhalten die Zeitung für den laufenden Monat gratis geliefert.

Die Zulagen für die Breslauer städtischen Arbeiter.

Der Magistrat stimmte in zweiter Lesung dem Vermittelungsvorschlage des Schlichtungsausschusses vom 10. d. M. vorbehaltlos zu, so daß vom 1. Oktober d. J. ab folgende Erhöhungen der Stundenlöhne in Kraft treten:

Von 50 Pf. für alle Handwerker von 21 Jahren und darüber, von 25 Pf. für die Handwerker von 17 bis 20 Jahren, von 40 Pf. für alle übrigen Arbeiter über 21 Jahre, von 20 Pf. für die jugendlichen Arbeiter und von 25 Pf. für die Frauen. Die Kosten im Gesamtbetrage von 3 818 000 Mark werden durch eine besondere Deckungsvorlage bei der Stadtverordnetenversammlung zugleich mit den Lohnerhöhungen beantragt werden.

Aus dem Waldenburger Revier.

Demonstration der Porzellanarbeiter.

Von der Streikleitung wird uns geschrieben: Am Sonnabend früh versammelten sich die Streikenden der Betriebe Krister, Tielsch, Ohme und Prause in Nieder-Salzbrunn. Aus allen Orten der Umgegend waren die Kollegen und Kolleginnen herbeigeeilt, um sich über den Stand der Bewegung zu informieren. Das Interesse und der Kampfesmut ist unter den Parzellanarbeitern lobenswert, und das nach einem Kampf von zwei Wochen ohne jede Unterstützung! Gegen ½9 Uhr hatten sich 2500 Berufskollegen und -Kolleginnen eingefunden.

Kollege Hübner begrüßte die Erschienenen, gab seine

Helft den Hungernden!

Arbeiterinnen! Genossinnen! Schon seit zwei Wochen wollte ich an dieser Stelle zu Euch sprechen, wagte aber nicht, Euch um den Platz für einen erbaulichen Artikel oder gute Belehrung zu bringen. Die Zeit drängt nach der Tat, und dennoch treibt sie mich heute zum Wort.

Ihr, Arbeiterinnen, die Ihr von der Schwere des Lebens erdrückt werdet, in deren düsteren, niedrigen Stuben sich die bittere Not, Kummer und Krankheit tagein, tagaus breiter machen, Ihr Arbeiterinnen, habt den unerschütterlichen Willen zur Befreiung Eurer selbst und der des Weltproletariats gezeigt, als Ihr hurtig die Hände in Bewegung setztet beim Rufe: Helft Sowjetrußland! Ihr ausgenutzten Arbeiterinnen, Ihr ärmsten arbeitslosen Frauen und Mädchen, habt vermocht, aus Euren Augen ein gewaltiges Feuer leuchten zu lassen, das mit seiner begeisternden, unsagbaren Kraft zurückgestrahlt ist in die Herzen und Seelen auch derjenigen Frauen und Mädchen, die heute noch ihr Leben dahintrotten. Ihr habt diesen Herz und Hände geöffnet! Doch nur Ihr, Arbeiterinnen und Genossinnen, die Ihr für die Not in Rußland das richtige Verständnis habt, nur Du, Arbeitervolk, das einmütig und fest — koste es auch die größte Aufopferung — erklärt: nur wir dürfen Rußland brüderliche und schwesterliche Hilfe leisten, habt ehrliches und großes Werk getan. Arbeitende Frauen und Mädchen, stark und standhaft in unseren Reihen, nie könnt Ihr ganz das heimzahlen, was Eure russischen Schwestern für Euch und die Schwestern der Welt an unbeschreibbaren Opfern auf sich genommen haben! Eure russischen Schwestern, heimgesucht von jahrelangen Entbehrungen, haben Euch ein leuchtendes Beispiel dafür gegeben, daß nicht die rote Mitgliedskarte Euch in die Scharen der Arbeits- und Kampfgenossen einreiht, sondern daß ihr tatsächlich mitkämpfen und mitringen müßt um die Lösung der politischen und ökonomischen Probleme, aktiv teilnehmend am Kampf der Avantgarde des Proletariats, zu der Ihr stolz sein müßt zu gehören!

Jetzt ein Wort — ein hartes Wort, zu Euch Genossinnen, die Ihr wohl in der kommunistischen Front steht, die Ihr Euch aber nicht aus Proletariern, sondern aus den sogenannten „geistigen Arbeiterinnen“ — Gehirnmenschen — rekrutiert. Auch zu Euch drang der Ruf: Helft Sowjetrußland! Und was tatet Ihr? Der Zufall wollte es, daß ich gerade bei einzelnen von Euch weilte, als Ihr Euer Päckchen für die Sowjethilfe bereitet. Ihr, die Ihr heute noch mit Eurem Gehalt auskommen könnt, Ihr gabt anders als Eure Schwestern mit den schwieligen Händen. Ihr gabt zögernd, überdenkend, ob nicht das eine oder andere Stück Euch selbst noch einmal einen Dienst leisten könnte und hattet Ihr nicht schon in Euren Kisten und Kasten reichlich gesichtet? Welche Armseligkeit des Gebens! Eine jede Arbeitsfrau, ein jedes arbeitslose Mädchen hat Euch beschämt, denn sie gaben ihr Bestes, ihr Letztes — und sich selber hinein. Sie haben das Gegebene auch längst überwunden, während Ihr heute noch rechnet, meßt und mäkelt. Armselige Genossinnen nenne ich Euch, die Ihr von Eurem Besitz und Eurem Verdienst — der doch aber auch nur Euren Lebensunterhalt bestreitet — beschwert seid! Die Ihr noch nicht so vollendet in Euch seid, um Euer Ich angesichts dieser zum Himmel schreienden Not in Sowjetrußland auszuschalten und wahre, volle Hilfe leistet. Und leichteren Herzens wird Eure russische Schwester von schwesterlichen Genossinnen die Hilfe annehmen, als von sich mitleidig gebärenden Kapitalisten. Von den „niedrigen“ Arbeitsgenossinnen, die trotz kargem Lohn und eigener Not willig, gern und groß die Not Rußlands zu lindern bereit waren und sind, seid Ihr, andere Genossinnen, beschämt. Darum rufe ich Euch zu: Lernt von Euren tapferen schaffenden Genossinnen in den Werkstätten und Betrieben, geht zu dem „niedrigen Volk“ und seht ihm seine wahre Einfachheit und einfache Wahrheit ab: das ist Eure Pflicht und Euer Recht.

Als ich vor einigen Monaten durch einen Teil der südrussischen hungernden Gebiete kam, deren Ausmaß von Elend ich nie imstande sein werde, Euch zu schildern, da dachte ich bei manchem Dorf, durch das ich still und erschauernd zog und wo mich als Neuling die Not nicht einmal viertel so traf wie alle die anderen darbenden, verhungernden und verblutenden Russen, daß es vielleicht gut wäre, wenn man einmal ein solches Dorf nach Deutschland trüge — nicht um das Elend zu zeigen, sondern zu zeigen, mit welchem unsterblichen Wollen, welch übermenschlicher Kraft und Heldenmut das Volk dies Elend für uns trägt. Und heute beim Schreiben ist es mir, als würden meine Arme wie Stahl und als trüge ich vor Euch, weit ausgestreckt, ein solches hungerndes Dorf und ich fühle, Genossinnen, daß es bei Euch nicht des Anblicks dieses Schauspiels bedarf, um einen Quell revolutionärer Energie in Euch erspringen zu lassen, der fortreißt, fortreißt ....

Auf! Zur revolutionären Tat!

K. R.

Freude darüber zu erkennen, daß unsere Verbandsgenossinnen und -Genossen beinahe vollzählig erschienen waren und schloß seine Ausführungen mit den Worten: Kampfesmut und Ausdauer müssen uns zum gerechten Siege führen! Kollege Hirsch erhielt das Wort. In seinen Ausführungen verstand er es, die Zuhörer wieder in die Verhältnisse der Vorkriegszeit zurückzuführen, daran zu erinnern, daß es besonders bei der Firma Tielsch möglich war, trotz fleißiger Arbeit ohne Geld am Entlohnungstage nach Hause zu gehen, und auch in den übrigen Betrieben Wochenlöhne von 3 bis 8 Mark erzielt wurden. Die unzähligen Maßregelungen wegen Verbandszugehörigkeit, die Behandlung und Ausbeutung der Arbeiterschaft, die Außerachtlassung der Vorschriften in bezug auf die Gesundheitsgefahren usw. vervollständigten das Bild. Nun hat es die Arbeiterschaft verstanden, sich durch den Zusammenschluß, durch die Organisation, etwas bessere Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Noch nie haben die Unternehmer der Porzellanindustrie den Arbeitern eine auskömmliche Entlohnung gewährt, noch nie die Arbeiterschaft in die Lage versetzt, das Existenzminimum zu erreichen, und noch immer lehnen es die Betriebsleitungen des Waldenburger Bezirkes ab, in Einigungsverhandlungen einzutreten, obgleich es bekannt ist, daß anderorts, sogar in Schlesien, Unternehmer und Arbeiter sich einigten und den Wirtschaftsfrieden nicht störten. Aber auch hier werden die Betriebsleitungen einsehen lernen, daß es für sie besser ist, in Frieden mit der Belegschaft zu leben.

Zur Unterstützungsfrage konnte Kollege Hirsch mitteilen, daß der Vorstand des Gewerkschaftskartells bereits beschlossen hat, den streikenden Porzellanarbeitern Gelder zur Verfügung zu stellen, desgleichen auch alle Organisationen anderer Berufe. Inzwischen ist auch durch die Verbandsleitung des Porzellanarbeiterverbandes Unterstützung angewiesen worden und sobald die Vorarbeit zur Auszahlung erledigt ist, werden unsere Mitglieder Geld bekommen.

Anschließend an diese, den Teilnehmern recht lange in Erinnerung bleibende Versammlung nahmen die Streikenden Aufstellung, formierten einen Demonstrationszug, und unter voranwehender roter Fahne setzte sich dieser in Bewegung.

Ohne jede Verkehrsstörung, ohne einen Zwischenfall, in Ruhe und Ordnung, ging dann die Demonstration bis Waldenburg nach dem Rathausplatz. Hier nahmen die Demonstranten für kurze Zeit Aufstellung und Kollege Hillmer, aufgefordert, zu den Massen zu sprechen, verstand es, in kurzen Ausführungen, den Zweck der Demonstration noch einmal zu beleuchten. Mit einem von der Masse begeistert aufgenommenen Hoch auf die Einigkeit, Geschlossenheit und den Porzellanarbeiterverband fand diese Kundgebung ihren Abschluß. Ernst und ruhig gingen die Teilnehmer auseinander.

Achtung, Gewerkschaftsgenossen!

Der Kartellvorstand des ADGB. hat in seiner Sitzung beschlossen, Sammellisten für die streikenden Porzellanarbeiter herauszugeben. Die Listen gehen im Laufe des heutigen Tages den Gewerkschaftsvorständen zu. Die Vertrauensleute der Gewerkschaften werden ersucht, dieselben von ihren Vorständen abzuholen. Die gesammelten Gelder sind sofort an die Gewerkschaftsvorstände abzuliefern und Genossen Urban zu überweisen.

Der Ortsvorstand des ADGB.

Aus der Provinz.

Der Empfang unserer freigelassenen Genossen. Zu einer großen Kundgebung kam es in Freiburg am Dienstag anläßlich der Ankunft der drei Freiburger Genossen Riebel, Krause und Müller. Diese Genossen, die seit 27 Wochen auf Grund von haltlosem Anklagematerial der Breslauer Polizei im Gefängnis gesessen haben, wurden am Bahnhof von über 2000 Arbeitern und Arbeiterinnen empfangen. Die Arbeiter zogen nach dem Gasthof Buchwald, dessen Räume die Massen nicht fassen konnten. Die Genossen wurden vom Vorsitzenden der KPD. begrüßt. Genosse Krause und Riebel hielten eine Ansprache, geißelten das infame System der weißen Justiz, insbesondere die Umtriebe der monarchistischen Konterrevolution in Schlesien und ermahnten die Versammelten, mit aller Kraft gegen die Zustände zu arbeiten, vor allem zu erkennen, daß die KPD. keine Partei von Abenteurern, sondern die Partei der am klarsten und konsequentesten Arbeiter sei.

Am Schluß der Versammlung wurde eine Sammlung für die Hungernden in Sowjet-Rußland vorgenommen, die den Betrag von 272 Mark ergab.

Königszelt. Im Gasthaus zum Friedrichsdenkmal sprach am Montag abend der Genosse Scholze-Berlin über: „Die wirtschaftliche und politische Lage". Er schilderte die wirtschaftliche Lage, in der sich das Reich, Gliedstaaten, Kommunen befinden. Wie Eisenbahn und Post trotz Sparsamkeit und Erhöhung der Porto- und Fahrttaxe täglich immer tiefer in Schulden geraten. An der Hand eines reichhaltigen Beweismaterials führte der Redner auch die Finanzmißwirtschaft im Reiche und ihre Ursache vor. Ergänzend gab der Referent ein Bild über die Kriegslasten und die Auswirkung des Ultimatums. Er schilderte ergreifend die schlechte Lage, in der das Proletariat sich bis jetzt befunden habe und wies nach, daß der Leidensweg des Proletariats in der nächsten Zeit sich um viele Leiden noch vermehrt, die Lebenslage sich verschlechtere.

Die steigende Verteuerung der Lebensmittel und Bedarfsartikel, neben einem ganzen Rattenschwanz neuer direkter und indirekter Steuern treiben ganze Volksschichten in namenloses Elend hinein. Die Kapitalisten werden geschont, die Arbeiterschaft in jeder Form ausgebeutet. Die dauernde Markentwertung tue das übrige. Treffend wies der Redner nach, wie die Kapitalisten bei diesen Zuständen profitierten. Je tiefer die Mark stehe, desto besser für die deutschen Kapitalisten.

Der Redner besprach dann zum Schluß noch die Goldbesteuerung und den Eingriff in die Substanz. Hier zeichnete unser Redner genau, wie es kommt, wenn die Arbeiter keine Kontrolle der Produktion hätten. Ferner, wenn die Beauftragten der Arbeiter an der Preisbildung der Waren nicht mitsprechen können, wie dann die Kapitalisten, das Vermögen oder Besitz am Grund und Boden, alles was sie als Lasten zugedacht bekommen, auf die Schultern der Arbeiterschaft abwälzen. Also hier müssen die Riegel vorgeschoben werden, sonst werden der daran interessierte Staat und die Kapitalisten auf Kosten der weiteren Verelendung des Proletariats, alle Lasten auf die ohnehin schon nur noch vegetierende Arbeiterschaft abschieben. Große Steuerkämpfe und Lohnkämpfe ständen vor der Tür. Ebenso sei es politisch. Auf diesem Gebiete haben der Mord an Arbeiterführern, bis auf den Zentrumsabgeordneten die Situation schlaglichtartig beleuchtet. Die Reaktion werde täglich dreister und frecher. Das Proletariat muß in diesem wirtschaftlichen politischen Ziel einig dahingehend sein, daß, wenn noch einmal ein 9. November komme, sie ganze Arbeit machen und an Stelle der Herrschaft des Kapitals die Herrschaft der Arbeiterklasse kommen müsse.

Als der Redner geendet hatte, setzte stürmischer Beifall ein.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus, Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichstadt-Druckerei, G. m. b. H., Berlin SW 48. Tel. Lützow 1956 und 1957.

GEBRÜDER J. BENJAMIN, BRESLAU, Schmiedebrücke 12 1. Viertel vom Ring
Galanterie-, Luxus-, Lederwaren, Wirtschaftsartikel, Puppen u. Spielwaren
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer — Stets Neuheiten in allen Abteilungen — Vereine erhalten Rabatt

Fritz Brandt * Eisenhandlung
Fernspr.: Ring 12189 Breslau, Nikolaistr. 63a (Ecke Neue Weltgasse)
empfiehlt sehr vorteilhaft:
sämtliche Eisenwaren, Koch- und Heizöfen sowie transportable Herde
Haus- und Küchengeräte
Auf Haus- und Küchengeräte 5% Extrarabatt trotz bekannt billigster Preise bei Vorlegung dieses Inserats

Max Landsberg
Gräbschener Straße 27
empfiehlt preiswerte
Anzüge, Ulster, Raglan, Schlüpfer, Joppen, Hosen, Konfirmanden- und Kinderanzüge
sowie Hüte in großer Auswahl

Bekanntmachung!
Ich kaufe laufend
Herrengarderobe
wie
getragene Jackettanzüge, Brautanzüge, einzelne Jacketts usw., Militärsachen u. Schuhe, Stiefel.
Max Hadamek
Brandenburger Str. 9, III.
Mein Geschäftslokal ist ununterbrochen bis abends 7 Uhr geöffnet.
Bei evtl. Bestellungen ins Haus bitte ich höflichst wegen des starken Zuspruches eine bestimmte Zeit möglichst nicht vorzuschreiben.

Schauspielhaus.
Operettenbühne. Tel. Ring 2545
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, $7\frac{1}{2}$ Uhr:
Gastspiel Else Knepel
von der Staatsoper, Berlin.
Der Opernball.
Montag $7\frac{1}{2}$ Uhr:
Das Hollandweibchen.
Sonntag nachmittag $3\frac{1}{2}$ Uhr:
Gastspiel Else Knepel
von der Staatsoper, Berlin.
Die Fledermaus.

KPD. Breslau.

Montag, den 24. Oktober, abends 7 Uhr, findet im „Zentralballsaal", Westendstraße eine

Oeffentliche Versammlung

statt.

Der aus siebenmonatlicher Untersuchungshaft entlassene Genosse Josef Klein spricht über:

Die Schandtaten der Breslauer Polizei u. Justiz.

Arbeiter! Die im Kleinprozeß aufgedeckten Begünstigungen der reaktionären Geheimorganisationen, der brutale Kampf gegen die Kommunisten, verpflichtet jeden Arbeiter, gerade jetzt, wo diese Kreise zu neuen Abenteuern rüsten, für diese Versammlung zu werben. Die Ortsleitung.

Alle Kommunisten

wissen, daß in der kapitalistischen „Ordnung" die Geschäftswelt gezwungen ist, den Inseratenteil der Zeitungen zur Anpreisung ihrer Waren zu benutzen. Aber es ist ihnen auch bekannt geworden, daß ein großer Teil der Geschäftsleute die kommunistische Presse bei der Erteilung von Inseratenaufträgen planmäßig ignoriert. Darauf geben die Arbeiter eine treffende Antwort: sie

unterstützen nur

diejenigen Inserenten bei ihren Einkäufen, die nicht bei der Vergebung von Inseratenaufträgen die kommunistische Presse mit einer lässigen Handbewegung beiseiteschieben. Die Leser der kommunistischen Zeitung werden

die Inserenten

durch die Tat davon überzeugen, daß ein so großer Prozentsatz der Konsumenten im Geschäftsleben nicht einfach übergangen werden kann. Mit Vorliebe inserieren die meisten Geschäftsleute in den bürgerlichen Zeitungen und beweisen damit ihre Einstellung gegen die Arbeiterpresse. Die Arbeiter werden zukünftig ihr größtes Augenmerk auf diesen Zustand richten, sie gehen nur zu den Inserenten

der kommunistischen Presse!

+ Frauen +
verlangen sofort bei krankhaft.
Störungen
und Unregelmäßigkeiten meine altbewährten Präparate, Preis 19 Mark und 25 Mark. Viele freiwill. Dankschreiben. Ferner: Gummiwaren jeder Art, Spülspritz, Irrigatoren, Leib- und Magenbinden
Katalog gegen Rückporto.
Fr. Barthel
Breslau VII,
Sadowastraße 67, 1. Etage.

Möbel aller Art
zu streng soliden Preisen
L. Rosner, [illegible]

Wiederverkäufer
kaufen billig und gut
Socken, Hemden, Unterhosen, Trikotagen, Garne, Zwirne, Strumpfe, gute Wolle, Arbeitskleidung usw. bei
E. Lehmann, Breslau, [illegible]
Musterzusendung g. Nachn. v. 100 M. an. Preisliste gratis.

Maurer,
evtl. mehrere Kolonnen für dauernde Arbeiten werden sofort eingestellt. Augenblicklicher Tariflohn Mk. 9,65 pro Stunde.
Baugeschäft Eduard Steger,
Leipzig-Plagwitz, Nonnenstraße 11b.

Ich bestelle hiermit ___ Exemplar der

„Schlesischen Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands.
(Sektion der Kommunistischen Internationale.)

Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags.

Abonnementspreis frei Haus monatlich 6.10 M., wöchentlich 1.50 M.

Name: ______________________

Beruf: ______________________

Ort: ______________________

Straße und Hausnummer: ______________________

Bestellungen nimmt jedes Postamt sowie die Expedition entgegen.